

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Dezember 1989
bis März 1992**

NWO-Sonderheft Nr. 95



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Dezember 1989 bis März 1992**

NWO-Sonderheft Nr. 95

Terror der Antichristen vom 01.12.1989-31.03.1992

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Dezember 1989 bis März 1992	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Dezember 1989 bis März 1992

Revolutionen bessern nicht, wohl aber Reformationen! <i>Karl Julius Weber (1767-1832, deutscher Schriftsteller)</i>
--

1989

In Ostberlin wurde am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitierte am 24. Dezember 1989 während seiner Weihnachtsansprache im Jahre 1989 einen Brief des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel (x075/281-282): >>... Ich persönlich – ebenso wie viele meiner Freunde – verurteile die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Sie erschien mir immer als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur den Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße den Tschechen selbst Schaden zugefügt hat, und zwar moralisch als auch materiell. Auf Böses wiederum mit neuem Bösen zu antworten, bedeutet, das Böse nicht zu beseitigen, sondern es auszuweiten.<<

Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**

Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:

"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."

Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldankennntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todes-schußgrenzen weiter empfohlen wird.

Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von

Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldfrage Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.

Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."

Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. ... Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.

Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten.

Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus" in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).

Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus" soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.

In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.

"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 berichtete im Dezember 1989 über das Buch "1939. Deutsches Schicksalsjahr" des deutschen Historikers Alfred Schickel (x853/...): >>... Alfred Schickel führt den Leser in seiner Untersuchung ohne opportunistische Umwege direkt zu den Ereignissen des Jahres 1939 und schildert sie aus der Sicht der beiden Seiten.

Da kommen polnische und englische Politiker ebenso zu Wort und legen die Beweggründe ihres Handelns dar wie die Verantwortlichen in der Berliner Reichskanzlei. Da stößt der Leser bei den polnischen Führungszirkeln auf kaum geringere Kampfbereitschaft als bei den deut-

schen Akteuren. Da werden in Warschau erste Pläne von Menschenvertreibungen offenkundig und polnische Selbstüberschätzungen deutlich.

Das später gern als "überfallenes Land" bemitleidete Polen fiebert in den Worten seiner politischen und militärischen Führer gleichsam dem Waffengang mit dem westlichen Nachbarn entgegen und hatte im Frühjahr 1939 bereits ein nachmalig geteiltes Deutschland als Kriegsziel im Auge.

Daß man sich in Berlin nicht weniger selbstbewußt und siegesgewiß gab, ist nichts sonderlich Neues. Schickel vergißt es nicht zu erwähnen, ohne es freilich nach herkömmlicher Bewältigungsmanier über Gebühr breitzutreten. Er protokolliert vielmehr die beiderseitigen Aktivitäten und vermeidet voreingenommene Schlagseiten. Statt Allzubekanntes ein weiteres Mal zu wiederholen, zieht es Alfred Schickel vor, neue Dokumente auszuwerten und damit den Horizont der Ereignisse vor 50 Jahren wohlthuend zu erweitern.

- Er dokumentiert nicht nur die Kenntnis der amerikanischen Regierung vom Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt anhand bislang ungewürdigter US-Akten, sondern geht mit Hilfe amerikanischer Botschaftsberichte auch der Frage nach, warum die Westmächte im Herbst 1939 den deutschen Vorschlag zum Friedensschluß ablehnten.

Bekanntlich war ja nach der Niederwerfung und Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der von den Anglofranzosen am 1. September 1939 angegebene Kriegsgrund nicht mehr glaubwürdig, zumal sich die beiden Westmächte nur rhetorisch auf die Seite der Polen gestellt, ihnen aber nicht wirklich geholfen hatten.

Eingedenk seiner Erfahrungen als unorthodoxer Historiker, der nicht dem Zeitgeist nachläuft, sondern zu Forschungen in die Archive geht, beläßt es Schickel nicht bei bloßen Nachzeichnungen oder Behauptungen, sondern legt dem Leser für jede getroffene Aussage die dokumentarischen Beweise vor.

- So erhärtet er seinen Zweifel an den erklärten hehren Zielen der Engländer, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen dessen "meineidiges Regime", wie Premierminister Chamberlain am 4. September 1939 verkündete, zu kämpfen, mit Akten aus der Roosevelt-Forschungsstelle, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Briten im September 1939 zu den Waffen griffen, um eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent zu verhindern.

Alfred Schickel zitiert aus einem Geheimtelegramm des seinerzeitigen amerikanischen Botschafters in London, Joseph Kennedy (Vater des nachmaligen Präsidenten), vom 30. September 1939, in welchem dieses englische Kriegsziel unverhohlen festgestellt wird. Kennedy wörtlich in Schickels Buch:

"Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genauso wie in der Vergangenheit ... ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so wie vor 25 Jahren, weil 45 Millionen Briten, die die größte weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und 80 Millionen Deutsche, die Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben ..."

Diese Aussage ist nicht die einzige, welche Alfred Schickel in seiner Arbeit dokumentiert und damit die voreilige Schuldzuweisung in Frage stellt; ein Gutteil seines Buches zeichnet sich durch solche schier unerhörten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse aus.

Zu ihnen gehören die fast unentwegten stillen deutschen Friedensinitiativen, die vom Oktober bis zum Dezember 1939 der französischen Regierung galten und vom Ministerpräsidenten Daladier dem amerikanischen Botschafter Bullitt persönlich mitgeteilt wurden. Daladier ging auf diese Berliner Fühlungnahmen zum Schein ein, um durch erbetene "Bedenkzeit" in Wahrheit die Deutschen hinzuhalten und einen Angriff der Wehrmacht im Herbst 1939 unwahrscheinlich zu machen. US-Botschafter Bullitt meldete diese Mitteilungen Daladiers seinem Präsidenten - und Schickel fand dieses Geheimtelegramm im Roosevelt-Archiv und fügt es

seinem Buch im Anhang an.

Durch diesen dokumentarischen Anhang sichert der Autor nicht nur den Inhalt seines Buches zuverlässig ab, sondern gibt auch dem Fachkollegen wertvolles Material an die Hand.

Als Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt zeichnet Alfred Schickel durch eine solche Arbeitsweise nicht nur seine Institution mustergültig aus, sondern bewährt sich ein weiteres Mal als Geschichtswissenschaftler von Format und von Mut. ...<<

Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schrieb im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wurde (x010/9-10): >>Im Jahre 1969 erhielt das Bundesarchiv von der Bundesregierung der Großen Koalition den Auftrag, die vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen.

Der 1974 fertiggestellte Bericht wurde seitdem von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition unter Verschluss gehalten. Dieses Verhalten stieß auf berechtigte Kritik.

Ich habe den Bericht deshalb nach meiner Amtsübernahme im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benutzung im Bundesarchiv freigegeben. Damit sind dort alle dokumentarischen Zeugnisse über das Vertreibungsgeschehen der Öffentlichkeit zugänglich. ...

Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient.

Die vorliegende Publikation bietet die Möglichkeit, sich über durch Zeugen belegte Vorgänge zu informieren. Sie eröffnet dem Interessierten den Weg zu vertiefter Beschäftigung mit einer Phase unserer Geschichte, die für Jüngere nun schon weit zurück und oft im Dunklen liegt.

Sie erinnert aber auch an die Achtung vor der Würde der Menschen, die stellvertretend für das ganze Volk die schwersten Folgen eines verbrecherisch angezettelten Krieges zu tragen hatten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalt-Krieger"-Mentalität verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige

Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflusst haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.

Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufenen Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.

Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<

Der Journalist Johannes Groß (1932-1999) berichtete im Jahre 1989 in seinem Buch "Phoenix in Asche" über das kulturelle Niveau der Bundesrepublik Deutschland (x268/164): >>In 40 Jahren wachsenden Wohlstands hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. ... Mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben. ...<<

Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtete im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914): >>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**

Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?

Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".

Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:

1. Gleichheit

Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus**. Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.

Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."

Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen

identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".

Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.

Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben. "Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild**.

Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensburg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."

"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend'.

Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?

Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.

Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sünden-knechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)

Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblich. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.

Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).

Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).

Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) **Brüderlichkeit**

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesterschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete**, ist keine Bruderschaft.

Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).

Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).

Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.

Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<

Dr. phil. Rudolf Witzel (1955-2013) berichtete über das öffentliche US-Bildungswesen im Jahre 1989 (x295/120): >>... Die Allgemeinbildung der Amerikaner und die Abbruchquoten beim Schulbesuch sind alarmierend. 1989 konnten 24 Millionen der erwachsenen Amerikaner die USA nicht auf einer Weltkarte ausfindig machen, 44 Millionen weder China noch den Pazifischen Ocean auffinden, jeder vierte Besucher einer High School verließ seit 1985 die Schule ohne Abschluß, und 25 % der Absolventen konnten weder richtig lesen noch schreiben.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den beiden am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen den Schwarzen und den Hispanics: Hier verlassen 40-45 % die Schule ohne Abschluß.

Diese letzte Zahl ist besonders besorgniserregend, weil sie das zunehmende Versagen der amerikanischen öffentlichen Schulen ("public schools") gerade in dem Bereich zeigt, der in der Vergangenheit ihre hauptsächliche Leistung ausmachte: die für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere für die Einwandererkinder bereitgestellte Grundausbildung. ...<<

Eine große deutsche Wochenzeitschrift berichtete im Jahre 1989 über das im Vietnamkrieg eingesetzte chemische Entlaubungsmittel "Agent Orange" (x068/347): >>Die Notstände gehen uns alle an ... Das Gift wirkt über Generationen hinaus. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Vietnamkrieg (x068/344-347): >>... Der Indochinakrieg wurde auch chemisch und biologisch geführt, mit den verschiedensten Giften, mit flüssigen Gasen und festen Gasen, mit Gasen, die sich erst beim Entströmen aus dem Behälter in Gase verwandeln. Mit massivem Einsatz von CN (Chloro-Acetophenon) zum Beispiel, von CS (Ortho-Chloro-Benzal-Malonitril), von DM (ein Chlorhydrat von Phenarsazin oder Adamsit). Nach vietnamesischen Angaben wurden 1963 durch sogenannte Entlaubungsmittel, Herbizide, 320.000 Hektar Land zerstört, 1964 schon 500.000, 1965 bereits 700.000 Hektar.

Eines der bekanntesten dieser Chemikalien war das in den sechziger Jahren in den USA entwickelte "Agent Orange". Mit Dioxin verseucht, mit hoch giftigen Substanzen, wurde es in solch ungeheueren Mengen zur Entlaubung des Dschungels, zum systematischen Ruinieren der Felder, der Dörfer eingesetzt, daß der US-Chemiewaffenhersteller Dow Chemical, Mid-

land, bereits 1964 in "Lieferschwierigkeiten" kam. Da sprang ein deutsches Unternehmen in die Bresche, der Chemie-Konzern Ernst Boehringer, Ingelheim.

An der Spitze dieses Unternehmens aber stand seinerzeit der spätere Präsident des Evangelischen Kirchentages und ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard von Weizsäcker - keine wichtige Entscheidung fiel ohne ihn. Der deutsche Waffenproduzent half dem amerikanischen Chemiewaffenhersteller Dow Chemical aus, er lieferte ihm "ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutat für den Kampfstoff Agent Orange". Und je mehr Boehringer-Gift auf Vietnam niederging, desto mehr stieg Boehringer in Ingelheim auf. "So lange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten", beschrieb man optimistisch die Lage in der Firma.

"Tatsächlich ging unter Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach oben. Der offizielle Hauptlieferant für 'Agent Orange', Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den 'großartigen Kooperationsgeist', den der Boehringer-Konzern zeigte."

So steht in der Strafanzeige des früheren Mannheimer Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner vom Dezember 1989 gegen Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker wegen "Beteiligung an Völkermord" und anderen Straftaten, in einer Anzeige, die seitdem deutsche Staatsanwaltschaften, eher weniger als mehr, darf man vermuten, beschäftigt.

Tanker auf Tanker mit "Agent Orange" wird in den sechziger Jahren ins Mekongdelta verschifft und dann das Gift, Millionen Tonnen Gift ... über Hinterindien versprüht, auf Vietnam, Laos, Kambodscha verregnet, aus B-52 oder C-123 und C-130 Bombern, aus Hubschraubern, Transportmaschinen.

Bei gutem Wetter und nur leichtem Wind fliegen diese Maschinen mit Aufklärer und Begleitschutz in den schönen Stunden von Sonnenaufgang bis acht oder neun Uhr in etwa hundert Meter Höhe über das Land und verteilen das Gift, den deutschen Beitrag, die Gottesgabe aus Ingelheim am Rhein, von "C. H. Boehringer Sohn Weizsäcker", weithin über Dschungel und Obstplantagen, über Ackerland und dicht besiedelte Gebiete, über Hunderte von Dörfern, über Reis und Mais, Zuckerrohr und Maniok, über Kartoffeln, Wassermelonen, Bananenstauden, Pfeffersträucher.

Alles wird weithin vernichtet, verheert, die Ernten verdorren - ach ja, warum nicht wieder mal eine Aktion, eine Sammelaktion der Evangelischen Kirche BROT FÜR DIE WELT mit einem beeindruckenden Aufruf des Ex-Kirchenpräsidenten, des Bundespräsidenten jetzt, edel-souverän und mit markanter Mimik ...?

Oh, wir kennen sie, die schönen Reden, die alle protestantischen Studiendirektorinnen Deutschlands verzaubern: "Wir müssen teilen lernen" - "Jetzt ist eine unerhörte Gemeinschaftsleistung nötig" - "Die Notstände gehen uns alle an" - aber den einen vielleicht doch etwas weniger und den anderen doch etwas mehr, zumal einen Bundespräsidenten mit so großer Verantwortung? Und nicht so kleinem Vermögen? Oder meinen Sie nicht?

Gift? Ja, Millionen Tonnen auf das "Land des Südens" und die angrenzenden Länder. Gift, Gift. "Agent Orange" ... hinaus und hinab, auf den Ba Lai-Fluß, den Bin Hai-Fluß, den Re-Fluß, in Bäche und Kanäle hinein und fort mit dem Wind, die Fische infiziert, die Rinder, die Schafe, das Wild, gezählte und ungezählte Tausende von Tieren getötet. Büffel, Ochsen, Schweine kläglich zugrunde gerichtet.

Und allein in zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967 Hunderttausende von Menschen vergiftet, ihnen Lungenödeme angehängt, Magen- und Darmerkrankungen, Fehlgeburten, hohes Fieber, anhaltende Durchfälle - und Todesfälle auch, manchmal Frauen besonders, Kinder und Greise. "Zehntausende von Menschen wurden von dieser chemischen Keule getötet."

Ja, wie wäre es mit einem Staatsbesuch, einer Good-will-Reise, nach Kambodscha vielleicht, Laos, Vietnam, fast friedliche Länder jetzt? Und Frieden doch auch zu Hause, Friedhofsruhe mitunter. Im endlich stillgelegten Chemie-Werk "C. H. Boehringer in Hamburg-Billbrook"

zum Beispiel - "Krebs, Bronchitis, Selbstmord - Die Fabrik des Todes", mehr als 20 Selbstmorde unter den Mitarbeitern und über 130 "elendiglich an Krebs und Leukämie Verstorbene" - bis zum 6. Juli 1990.

Aber doch nicht nur dies daheim. Nein, auch ein beruhigendes Vermögen, relativ stattlich, in dreistelliger Millionenhöhe, allein bei Bosch ein 100-Millionen-Aktienpaket, und Beteiligungen auch anderwärts, man könnte sie nennen. "Wir müssen teilen lernen ..."

Aber auch Vorsorgen freilich für die Zukunft!

Nicht nur heute noch schrecklich verkrüppelte, behinderte Kinder, körperlich und geistig ruiniert. "Die Notstände gehen uns alle an ..."

"Agent Orange": "Das Gift wirkt über Generationen hinaus", so eine große deutsche Wochenzeitschrift 1989. Und noch lange wird es, wird er weiter wirken, weiter leben. "Agent Orange-Folgen" in vietnamesischen Glasbehältern: "menschliche Föten mit Zyklopeden, ohne Arme, ohne Beine, ohne Hälse, mit Riesenköpfen ..."

"Ich habe mir meinen Weg selber erarbeitet." So der Wegbereiter. Und das Allensbach-Orakel in christlicher Verbundenheit: "Kein Schatten auf dieser Gestalt."

Überrascht es?

Nun, ich hatte das, gedruckt schon, wenn auch in Kleinstauflage, alles in Händen. Doch schrieb ich dem Autor und erhielt unter dem 13.7.1992 "en prompte réponse: In Sachen v.W. bin ich nie juristisch belangt worden. Ich habe mir dieserhalb alle Mühe gegeben - siehe auch Anlage vom 8.4.92 - Schweigen im Walde. - In der Hauptkirche FHH am 3.10.91 auf 5 m Entfernung im Beisein von Bundesministern, Ministerpräsidenten, Staatssekretären usw. dreimal das Wort "Mörder" ins Gesicht (in Verbindung mit "Völker-", "Arbeiter-" und "Giftgas-") ... Die BRD hat einen Präsidenten - der das Forschen in seiner Vergangenheit fürchtet und dieserhalb eben auch juristische Schritte." <<

Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbarten am 13. Februar 1990 in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fallen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt.

Zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, denen nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Reparationen zustanden, zählte auch Australien. Dort wurde 1947 die Idee geboren, das besiegte Reich zur Behebung eines der ehemaligen Strafkolonie angeborenen Mangels heranzuziehen:

In Australien gab es seit jeher zu wenig Frauen. In Deutschland hingegen herrschte, so die Überlegung, angesichts der Millionen gefallenen, gefangenen und zur Zwangsarbeit verschleppten Männer Frauenüberschuß. Also könnten die Deutschen doch statt Reparationen 200.000 Mädchen schicken. Die sollten freilich nicht älter als zwölf Jahre sein, weil sonst zu große Gefahr bestünde, daß sie den NS-Bazillus auf den fünften Kontinent einschleppten.

Im Gegensatz zu sonstigem Aberwitz bei Reparationsforderungen hatte diese Vision von einer germanischen Blutauffrischung fürs andere Ende der Welt, die auch von Himmler hätte stammen können, nie Aussicht auf Verwirklichung. Andere Horror-Ideen, wie jene des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland auf ein Weideland reduzieren wollte, wurden zumindest im Ansatz durchaus realisiert.

Die Briten demontierten nicht nur massenhaft Fabriken, Werften und Kräne. Sie schlugen in einem "Operation Buntspecht" genannten Raubzug norddeutsche Wälder kahl, weil, so der ehemalige Ackerbauminister Hudson, "die Deutschen sich hübsch dahinterzuklemmen haben, das zu liefern, was wir für unseren Wiederaufbau brauchen" - und dazu "werden wir auch rücksichtslos die deutschen Bäume fällen".

In Südwestdeutschland holzten die Franzosen in den Forsten und beschlagnahmten als "gefährliche Industrie" etwa Geräte der schwäbischen Uhrenhersteller, da damit ja auch Zeitzünder hergestellt werden könnten. Die Russen, die allein im Februar 1947 über den Bahnhof Frankfurt/Oder 11.000 Güterwaggons voll Reparationsbeute gen Osten schafften, reduzierten die Reichsbahn in ihrer Zone auf eingleisigen Betrieb. Mit den Zügen transportierten sie auch die Schienen ab. Daß aus Magdeburg bis Ende 1946 Lieferverpflichtungen über 133.000 Hektoliter Rohspiritus in die UdSSR vorlagen, gab bei allem Elend Anlaß zu bitteren Witzen über den "Iwan".

Überhaupt nicht mehr lachen konnten die darbenenden Deutschen nach Hitlers verlorenem Krieg darüber, daß auch allerlei exotische Mitglieder der Siegerkoalition von insgesamt 53 Staaten Ansprüche anmeldeten: Guatemala etwa rechnete seine Reparationsforderungen auf 85 Millionen Dollar hoch, obwohl es mit den Deutschen den ganzen Krieg lang nichts zu schaffen gehabt hatte. Aber, so die Begründung der mittelamerikanischen Mitsieger: Sie hätten allerlei kriegswichtige Straßen durch den Busch hauen müssen.

Titos Jugoslawien schätzte seine Kriegstoten auf 1,7 Millionen - so viele erschienen in der Statistik als "demographischer Verlust", von Jugoslawen massakrierte Volksdeutsche inklusive - und leitete daraus 1947 einen Schaden von 46,9 Milliarden Golddollar ab, eine Währung, die es längst nicht mehr gab.

Gleichwohl wurde die Forderung, von der sich der Tito-Staat "ewigen Wohlstand" ohne Steuern versprach, bei der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) eingereicht, in deren Büchern sich innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung 1946 Rechnungen im Gesamtbetrag von über 300 Milliarden Dollar ansammelten, deren Begleichung von den geschlagenen Deutschen verlangt wurde - obwohl die Alliierten in Jalta ihnen zunächst "nur" 20 Milliarden Dollar Kontribution auferlegt hatten, davon die Hälfte für die Sowjetunion.

1953 - Deutschland war längst geteilt und jeweils wichtige Säule der Besatzer in ihrem Kalten Krieg gegeneinander - verzichteten die Sieger auf weitere Reparationen, freilich unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung bei einem Friedensvertrag:

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaustopfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden.

"Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dieses Faß wieder zu öffnen", polterte der FDP-Graf Lambsdorff vergangene Woche vor der Fernsehkamera und fragte sich, wer jetzt wohl noch Forderungen stellen werde. Mit Costa Rica griff er sich freilich einen ungeeigneten Verdächtigen - die zentralamerikanische Republik war nur in den Krieg gegen Japan eingetreten.

Auf die fatale Idee, das Wort Reparationen aus der Kiste zu zaubern, war jener promovierte Zeitgeschichtler gekommen, der, wie von einem Fluch behext, meist auf dem Bauch landet, wenn er's mit der Zeitgeschichte hat: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Der Regierungschef, dem in Israel einfiel, die ihm zuteil gewordene "Gnade der späten Geburt" zu preisen, die seine Generation von Verantwortung für die Nazi-Greuel rette, der den US-Präsidenten Ronald Reagan zum Defilee auf den Bitburger Soldatenfriedhof mit seinen SS-Gräbern nötigte, der den Reformier Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich, der noch in der DDR der achtziger Jahre KZs ausmachte und in Polen ausgerechnet den schlesischen Annaberg, die Triumphstätte deutschnationaler Freikorps, besuchen wollte:

Dieser Kanzler krönte seinen monatelangen Eiertanz um die Oder-Neiße-Grenze, mit dem er weltweit kaum wiedergutzumachenden Schaden über die Deutschen brachte, mit der Forderung, Polen müsse für eine Anerkennung der Grenze auf Reparationen verzichten.

Indem der Bonner Kanzler ohne jede Not das tückische Stichwort wieder aus der Versenkung holte, weder politisch noch rational zu erklären, öffnete er alle Schleusen - nun kommen auf ein vielleicht bald vereintes Deutschland neue Phantasieforderungen in dreistelligen Milliarden-Summen zu, die abzuwehren aufgrund von zahllosen Präzedenzfällen nicht leicht werden wird.

Von Albanien, das sich zwei Milliarden Dollar Wiedergutmachung ausrechnete, über Finnland, das, unter anderem, Ersatz für 24.000 Rentiere haben möchte, die deutsche Truppen 1944 beim Rückzug in Lappland abschossen, bis zu Millionen Zwangsarbeitern und ihren Erben, deren Forderungen sich auf viele hundert Milliarden Mark summieren, wollen alle ans große Geld der reichen Deutschen, die ja bald noch reicher sein werden.

Nicht, daß viele dieser Forderungen nicht ohnedies bei manchen Regierungen, etlichen Vereinen und zahlreichen Advokaten herumgespukt hätten. Aber das sinnlose Herumlavieren des Weltstaatsmannes aus Bonn mit der Polen-Grenze samt seiner Reparationsgegenrechnung hat alle Welt zu Aufrechnungen ermuntert, die viel leichter abzuwehren gewesen wären, hätte der Kanzler mit einer sofortigen klaren Anerkennung der Nachkriegsrealitäten von sich aus einen Schlußstrich gezogen.

So aber werden sich trotz aller verzweifelten Bonner Bemühungen, den Geist wieder in die Flasche zurückzustopfen, auch noch künftige deutsche Regierungen mit dem ebenso unerlöschlichen wie unlösbaren Thema Reparationen herumschlagen müssen.

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste

Katastrophe heraufbeschwört. Das Reparationskarussell der zwanziger Jahre bewies zudem, daß die Begierden der Sieger und der Leistungswille der Unterlegenen nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sind, und zeigte, daß nie auch nur annähernd Einigung darüber zu erzielen war, wieviel nun tatsächlich zu bezahlen sei oder bezahlt wurde.

Die gesamten Forderungen an das geschlagene Kaiserreich erreichten nach Versailles astronomische Summen. Während Deutschland zunächst eine Verpflichtung über 100 Milliarden Goldmark einging, rechneten die Sieger 1921 eine genaue Schuld von 132 Milliarden aus. Laut deutscher Berechnung wurden davon bis 1924 - als mit dem sogenannten Dawes-Plan ein wirtschaftlich vertretbarer Zahlungsplan aufgestellt wurde - 42 Milliarden Goldmark tatsächlich bezahlt. Die Sieger, die nach einem Wort des Britenpremiers Lloyd George Deutschland als Kuh betrachteten, "die gleichzeitig Milch und Beefsteak liefern soll", wollten aber nach ihren eigenen Kalkulationen nur knapp zehn Milliarden bekommen haben.

Das Gefeilsche zog sich über Inflation bis zur Wirtschaftskrise hin, dem Dawes folgte der Young-Plan, Kredite wurden gewährt, um Zinszahlungen zu ermöglichen, Zahlungsfristen geändert und Beträge gestundet. 1932 schließlich wird ein Ende der Reparationen vereinbart.

Gelernt hatten die Sieger nichts daraus. "Die Geschichte hat sich nicht nur in der deutschen Niederlage wiederholt", klagte am Ende des Zweiten Weltkriegs der US-Ökonom Jacob Viner, "sie wiederholt sich auch beim deutschen Reparationsproblem, das zu einem dritten Weltkrieg führen kann."

Davor stand dann die Eröffnung neuer Fronten zwischen den Siegern - aber das konnten die 53 Staaten, die sich 1945 über die deutsche Beute hermachten, noch nicht wissen. Die Besatzer bedienten sich selber nach Belieben, vor allem die Sowjets, denen die Westalliierten nach Beginn der Berlin-Blockade 1948 endgültig den vereinbarten Beuteanteil aus ihren Zonen vorenthielten.

All jene, die keinen direkten Zugriff auf die Beute hatten, meldeten bei der Reparationsagentur IARA ihre zum Teil abenteuerlichen Forderungen an. Um Anteile an dem Kuchen kam es regelmäßig zum Streit. Ein Schiff, das Albanien zugesprochen wurde, kam dort nie an - die Jugoslawen fanden, Albaner könnten es gar nicht bedienen, und behielten es selbst. Tito-Emissäre kämmteten die Reste des Reiches nach angeblich aus Jugoslawien verschleppten Schätzen durch, und erfreuten den Partisanenchef etwa mit kostbaren Gemälden von Rembrandt und Velazquez, die noch nie in Jugoslawien gewesen waren.

Indien erhielt demontierte deutsche Industriewerke, darunter eine Sprengstofffabrik. Als im Gefolge der Entkolonialisierung auf dem Subkontinent der neue Staat Pakistan entstand, klagte auch der seinen Anteil an der deutschen Beute ein. Eine rühmliche Ausnahme war Indiens Friedensapostel Mahatma Gandhi: Er appellierte schon 1947 an seine Landsleute, auf deutsche Reparationen aus "moralischen Gründen" zu verzichten, da "Deutschland heute zu den unterdrückten Nationen zählt".

Verzichtet hat auch Südafrika. Griechenland hingegen ließ seine Industrie-Beute im Hamburger Hafen verrotten, später verscherbelten Spekulanten das Beutegut an britische Interessenten.

Immer öfter lehnten sich deutsche Arbeiter gegen die Massendemontage auf, die allein in den Westzonen zunächst 1.800 Betriebe betreffen sollte. Nicht nur, daß ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze genommen wurden, sie mußten dabei auch noch mitschufden. Zeitweise waren Zehntausende Deutsche damit beschäftigt, ihre Fabrikanlagen für den Abtransport ins Ausland zu zerlegen.

Als die Engländer aus dem Ruhrgebiet eine besonders schwere Schmiedepresse abtransportieren wollten, mußte dafür eine Brücke verstärkt werden. All das trieb die tatsächlichen Reparationskosten in astronomische Höhen.

Ab 1947 kam es zunehmend zu Streiks und Blockaden der betroffenen Belegschaften. Verein-

zelt setzte es für alliierte Demonteur-Hiebe, die von Militärgerichten streng geahndet wurden. Schließlich waren es die Amerikaner, die darauf drängten, der Demontagewillkür ein Ende zu setzen. Sie fanden sich selber in der absurden Situation, daß sie mit Marshallplan-Milliarden den Wiederaufbau Westdeutschlands betrieben, während ihre Verbündeten noch eifrig mit dem Abbau beschäftigt waren. So kam es 1953 zu jenem Londoner Schuldenabkommen, auf das sich Bonn heute beruft, wenn es verkündet, die Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg seien damit erledigt.

Nur stimmt das nicht. Erstens heißt es im Artikel 25 des Vertrages, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Abkommen zu überprüfen sei. Zweitens haben die Deutschen auch danach noch oft selbst in die Tasche gegriffen, unter politischem, moralischem oder juristischem Zwang, aus Billigkeit oder menschlichen Erwägungen.

So zahlte Bonn nach dem Londoner Vertrag noch pauschale Entschädigungssummen für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" an seine westlichen Nachbarn: 400 Millionen an Frankreich, 125 an die Niederlande, 115 an Griechenland, 80 an Belgien, 60 an Norwegen, 18 an Luxemburg, 16 an Dänemark, 11 an England, 10 an die Schweiz und eine Million an Schweden.

Es leistete Wiedergutmachung an einstige Verbündete, die ihrerseits wieder Reparationen an die Sieger zu leisten hatten - etwa an Ungarn oder Italien.

Obwohl Konrad Adenauer gegiftet hatte, wenn etwa Österreich Reparationen verlange, werde man der einstigen Ostmark die "Jebeine Adolf Hitlers" zustellen, erhielt auch Wien 101 Millionen Mark - als "Beitrag zur österreichischen Wiedergutmachung".

So wurde die Entschädigung, von der Bundesregierung selbst als "historisch einzigartige Leistung" gerühmt, zum Faß ohne Boden. Allein 80 Milliarden verschlang die individuelle Entschädigung von Opfern des NS-Regimes.

Aus "humanitären Gründen" zahlte Bonn auch an Opfer von ehemaligen Verbündeten, wenn deren Lobby nur stark genug war.

1959 zum Beispiel wurden vom Kabinett "Härteleistungen für sogenannte Wapniarka-Geschädigte" beschlossen: Die mit Hitler verbündete rumänische Regierung hatte in ihrem KZ Wapniarka inhaftierte Juden 1943 mit verdorbenen Kichererbsen ernährt, die, eigentlich als Tierfutter vorgesehen, von der Lagerverwaltung auf dem Bahnhof der Stadt requiriert worden waren.

Dies führte bei vielen Häftlingen zu Lähmungen. Überlebende Wapniarka-Insassen wanderten nach dem Krieg nach Israel aus, fielen dort aber nicht unter die von Bonn geleistete Entschädigung für jüdische NS-Opfer.

"Obwohl die Gesundheitsschäden der ehemaligen Häftlinge des Lagers Wapniarka ausschließlich auf Verfolgungsmaßnahmen des damals souveränen rumänischen Staates zurückzuführen sind", wie die Bundesregierung betonte, erklärte sie sich "ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs" bereit, in besonderen Notfällen mit jeweils 5.000 Mark zu helfen. Bis Ende 1986 wurden aus diesem Titel 2.420.500 Mark ausgezahlt.

Von cleveren US-Anwälten bedrängt, zahlt Bonn Renten an in Amerika lebende Juden. Die Bundesrepublik anerkannte nach Francos Tod Entschädigungen an republikanische Spanier, die während des Spanischen Bürgerkriegs und danach unter deutschem Terror litten - es trafen dazu immerhin über 13.000 Anträge ein.

Bonn beugte sich, wenn auch nur zögernd, Forderungen verfolgter Sinti und Roma - Folge: etwa 4.000 Anträge. Es zahlte - trotz des polnischen Verzichts, dessen Gültigkeit die Bundesregierung nun beschwört - 100 Millionen für polnische Opfer von Medizinversuchen in Konzentrationslagern.

Nachdem die Regierung Brandt mit Polen den Warschauer Vertrag geschlossen hatte, überwies Bonn 1,3 Milliarden Mark für polnische Rentner. Die Auszahlung dieser Gelder an die

Berechtigten führte in Polen zu Konflikten, die bis heute andauern, da der Staat die Summe in Devisen bekam, die Menschen aber mit Zloty zu miesem Kurs bediente.

Ähnlich geschah es in Belgrad, wo Kanzler Brandt den Präsidenten Tito 1973 mit einem Kredit von einer Milliarde Mark bedachte, wofür Jugoslawien sich verpflichtete, "die Entschädigungsfrage nicht mehr zu stellen". Kein jugoslawischer Geschädigter sah je einen Pfennig davon.

Die Ostverträge schienen manchen Regierungen Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen - CDU-Politiker, die sie zu Fall bringen wollten, malten damals das Schreckgespenst von 100 Milliarden Kosten an die Wand. Doch Bonn wehrte alle Reparationsverlangen prinzipiell ab - als Albanien etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Milliarden honoriert sehen wollte oder Libyens Oberst Gaddafi Geld aus Bonn für die vom Afrikakorps in der Wüste vergrabenen Minen begehrte.

Später, als die Frage der Zwangsarbeiter hochkam, die deutsche Weltfirmen sich aus Himmels Konzentrationslagern billig besorgt hatten, überwiesen einzelne Firmen widerwillig und "ohne Rechtsanspruch" symbolische Beträge: I.G. Farben, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall 50,5 Millionen, Feldmühle-Nobel fünf Millionen, Daimler-Benz - erst 1988 - 20 Millionen Mark.

Die Revolution in Osteuropa eröffnete den Menschen auch die Freiheit, individuelle Ansprüche zu erheben. Warschaus KP-Regierung hatte es den polnischen Zwangsarbeitern jahrelang verboten, sich zu organisieren und Wiedergutmachung zu fordern. 1987 erlaubte sie die Gründung einer "Gesellschaft der vom Dritten Reich ausgebeuteten Polen", die ihren Sitz im Justizministerium nahm. Die Gesamtrechnung der Polen erreicht die gigantische Summe von 537 Milliarden Mark, die nun notfalls vor der Uno eingeklagt werden soll.

Die Regierung Mazowiecki machte sich Forderungen ihrer von den Nazis ausgebeuteten Bürger im Prinzip zu eigen. Als Polens Premier den Kanzler bei seinem Besuch im vorigen Herbst darauf am 14. Februar in Bonn ansprach, sagte Kohl zu, die Frage "zu prüfen". Wieder zu Hause, sah er dafür freilich "keine Chance" mehr.

Unterdessen hatten sich auch bei jugoslawischen Rotkreuzstellen Zehntausende ehemalige NS-Opfer gemeldet.

Jugoslawien werde sich, drohte die Belgrader Politika, ungeachtet Kohls Ablehnung jeder Reparationsforderung "nicht durstig übers Wasser führen lassen". Die Regierung betonte, mit der deutschen Einheit stelle sich "die Frage nach Reparationen von neuem".

Eine wahrhaft unendliche Geschichte: Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark.

Es sind Zahlen der Art, die jedem Normalbürger Schwindel verursachen, so unreal sie sein mögen. Doch die Diskussion darüber ist in diesen Wochen in Gang gekommen, das Reparationskarussell beginnt sich wieder zu drehen.

"Kohl darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nicht nur das Thema selbst aufs Tapet (etwas ansprechen) gebracht zu haben", urteilt der Wiener Standard, "sondern das auch noch auf eine Art getan zu haben, die antideutsche Ressentiments allerorten wiedererweckt. Der

Mann, der sich so gerne als Enkel Adenauers sieht, läßt in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte staatsmännisches Format vermissen. Und da deutsche Geschichte immer europäische Geschichte ist, stimmt dies doppelt bedenklich."<<

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die Berliner Zeitung "TAZ" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.

Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt. Wir haben genügend Erfahrungen mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schreke nicht davor zurück:

Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

Die Volkskammer erklärte am 13. April 1990 in Ost-Berlin (x075/279-280): >>Wir die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR, bekennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig vor der Weltöffentlichkeit:

Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.

Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir die Verantwortung für die Zukunft ableiten.

I. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande. Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten. ...

Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg den Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung un-

serer Völker intensiv fortführen. ...

Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des "Prager Frühlings" 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes.

Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre verzögert. ...

Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert.

Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1990 berichtete im April 1990 über Simon Wiesenthals Buch "Recht, nicht Rache" (x853/...): >>... Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz/Galizien geborene (Wiesenthal) hatte alles andere im Sinn, als den größten Teil seines Lebens mit detektivischer Kleinarbeit zu verbringen. Er hatte in Lemberg und Prag Architektur studiert, wurde 1941 von den Nazis verhaftet und durch zwölf Konzentrationslager geschleppt.

Als einziger seiner Familie überlebte er und so wäre es menschlich begreiflich, wenn ihn Haß und Rachsucht motivierten.

Doch er will "Recht, nicht Rache", wenn es denn eine gerechte Strafe für Massenmörder geben kann. Bei seinen mühsamen Recherchen war er ungewöhnlich erfolgreich, weit mehr, als es die für die Verfolgung von Kriegsverbrechen Verantwortlichen waren, falls diese wirklich daran interessiert waren, der Massenmörder habhaft zu werden. ...

Wenn Wiesenthal schreibt, daß der Schriftsteller Friedrich Heer entscheidend zu seiner Kenntnis der jüdisch-christlichen Beziehungen beigetragen hat (S. 8), dann ist er an einen Zeitgenossen geraten, der die Geschichte allzu häufig durch seine ideologisch gefärbte Brille zu betrachten liebte.

In seinem Buch "Gottes erste Liebe" spricht Heer betont vom "österreichischen Katholiken Adolf Hitler", obwohl ihm sicher nicht unbekannt war, daß dieser das Christentum, und ganz besonders die katholische Kirche, bis aufs Blut haßte. Was hielt Wiesenthal wohl davon, wenn man darauf verwies, daß zahlreiche der berüchtigsten Tscheken und GPU-Mörder Juden waren?

Wenn er behauptet, es habe in Wirklichkeit "ein einziges sowjetisches Verbrechen gegeben, das sich in seiner "Qualität" der Qualität der Nazimorde annähert: der Mord an viertausend polnischen Offizieren in Katyn" (S. 206), stellt sich doch die Frage, ob er den Willen zur Objektivität hat. Erst im April 1988 veröffentlichte die sowjetische Zeitschrift "Nedelya", eine Beilage der Regierungszeitung "Iswestija", die Zahl der Massenmorde unter Stalin. Danach wurden allein unter ihm rund 50 Millionen Menschen ermordet. ...

Wiesenthal meint, daß "der Antisemitismus sicher eine katholische Wurzel" hat (S. 403). Dies scheint schon ein wenig verwunderlich, denn wenn schon, dann eine christliche, wofür sich im Neuen Testament nicht wenige Hinweise und Gründe finden. Richtig wäre es, von einem Antijudaismus zu sprechen.

Paulus schreibt im 2. Thessalonicherbrief von den Juden: "Diese haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie mißfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll. Aber der ganze Zorn ist schon über sie gekommen" (2, 15 f.).

- Unleugbar kam es in der Geschichte immer wieder zur Verfolgung von Juden. Der Antijudaismus fühlte sich, wenn man einmal vom sog. "Pöbelantisemitismus" absieht, berechtigt, weil die Juden "Gottesmörder" seien. Aber schon Papst Martin V. wies am 20. Februar 1422 anti-jüdische Polemiken vor allem christlicher Prediger zurück: "... Wir wollen, daß jeder Christ

die Juden mit menschlicher Milde behandelt und ihnen weder an Leib noch an Gut ein Unrecht zufügt."

In der "Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen" des II. Vatikanischen Konzils heißt es: "Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen zur Last legen." ...

Es ist bedauerlich, daß sich Simon Wiesenthal in seinen Lebenserinnerungen nicht zu einer gerechten Würdigung der jahrelangen Hilfe seitens der katholischen Kirche verstehen konnte. Pinchas E. Lapide, der in seinen Memoiren überhaupt nicht auftaucht - wohl, weil er die große Hilfe der katholischen Kirche für die verfolgten Juden überzeugend und gut belegt nachweist - hätte ihn eines Besseren belehren können.

In der "Welt" schreibt er: "Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht ...

Hat sich Pius in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch gegenüber den Juden, ausgesprochen?

Hätten die Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? Und hätte Pius, bar jeder Macht, Hitler trotzen - und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? ...

Wer der Meinung ist, die Lage hätte gar nicht mehr schlimmer werden können, möge sich daran erinnern, daß immerhin weit über zwei Millionen Juden - mehr als ein Viertel der europäischen Juden - Hitlers Gemetzel eben doch überlebt hat, wenn auch mit knapper Not - dank der Hilfe der Kirche, Bischöfe, Priester, Laien ...

Der Talmud lehrt uns: "Wer immer ein Leben bewahrt, dem wird es von der Schrift zugerechnet, als hätte er eine ganze Welt bewahrt."

Wenn das wahr ist - und es ist ebenso wahr wie jene jüdischste aller Lehren: die von der Heiligkeit des menschlichen Lebens - dann muß ein Jude auch einen großen Retter jüdischen Lebens verteidigen." (17.6.1966) ...

Man darf bei der Suche nach der vollen Wahrheit auch nicht verschweigen, daß nicht wenige Juden in die Verbrechen der Nazis verstrickt waren, um die eigene Haut zu retten. Sowohl in Wien wie in Berlin waren die sog. "Greifer" ebenso gefürchtet wie verhaßt. Es waren jüdische Gestapo-Agenten, die keinen Judenstern zu tragen brauchten und denen man versprach, sie und ihre Familien von der Deportation auszunehmen, wenn sie dafür andere Juden aufspürten und der Gestapo ans Messer lieferten. In Berlin waren diese jüdischen Kollaborateure im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße untergebracht. Sie "haben sicher Hunderte untergetauchter Juden auf dem Gewissen".

Wenn man von den eigentlichen Mördern absieht, die aber nicht minder gegen die nichtjüdischen Gegner des Regimes wüteten, dürfte zutreffen, was der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, in seiner Monographie "Theresienstadt" schreibt: "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) sie umgebende Welt." (S. 738)

...<<

Bundespräsident von Weizsäcker bestätigte am 2. Mai 1990 während eines Staatsbesuches die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

In der DDR fanden am 6. Mai 1990 die ersten freien Kommunalwahlen statt - CDU = 34,4 %, SPD = 21,3 %, PDS = 14,6 % ... - (x101/175).

Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhielt 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärte am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/173):
>>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die

D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...

Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmere habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<

Der deutsche Publizist Meinrad Freiherr von Ow berichtete im Mai 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 über das "Scheitern des realen Sozialismus"

(x853/...): >>**Der Triumph der Wahrheit**

... Das Jahr 1989 war überall in Europa Anlaß, sich der Französischen Revolution zu erinnern, die vor 200 Jahren eine neue Epoche in der Geschichte eingeleitet hatte.

Niemand konnte zu Beginn des Jahres ahnen, daß auch das Jahr 1989 ein Revolutionsjahr in Europa werden sollte. Mit ungläubigem Staunen erlebte die Welt den Zusammenbruch einer totalitären Ideologie, die ihre Wurzeln auf die Französische Revolution zurückführte und die in den vergangenen Jahrzehnten das Schicksal vieler Völker bestimmte und den Bestand anderer Nationen bedrohte. Völker im Herzen Europas haben unblutig ihre Freiheit wiedergewonnen; unblutig auch deshalb, weil die Machthaber einsehen mußten, daß auch ihre überlegenen Waffen die Wende nicht hätten verhindern können.

Eine Entwicklung, die 1847 mit der Gründung des "Bundes der Kommunisten" Gestalt annahm und im "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels ihre Leitlinie fand, hat 1989 ihre Endphase erreicht. Die Ziele der neu entstandenen Bewegung waren damals nicht nur gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichtet, sie widersprachen auch dem christlichen Menschenbild und bedeuteten eine Kampfansage an die großen Weltreligionen.

- Aus den bitteren Erfahrungen der Französischen Revolution sah vor allem die katholische Kirche von Anfang an die Gefahren, die aus der neuen Lehre erwuchsen. Bereits 1846 verwarf Papst Pius IX in der Enzyklika "Qui pluribus" "die verdammenswerte Lehre des sogenannten Kommunismus, die im höchsten Grade dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums aller, ja der menschlichen Gesellschaft selber, führen muß."

- 70 Jahre lang scheiterten alle Versuche der Anhänger der radikalen Lehre, an die Macht zu gelangen. Erst in den Wirren des 1. Weltkrieges konnte Lenin im Zentrum Rußlands ein kommunistisches Regime errichten und in blutigen Kämpfen über das ganze Land ausdehnen. Seine Lehre hatte die Theorien von Marx und Engels in eine für den Beginn des 20. Jahrhunderts scheinbar praktikable Form umgesetzt. Die Absage an jede Form religiösen Denkens und Handelns führte dabei zu einer Christenverfolgung, die an Ausmaß und Heftigkeit alles übertraf, was aus der Geschichte bekannt war.

Papst Pius XI. richtete durch Ansprachen, Botschaften und Rundschreiben immer wieder die Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr, die von der Sowjetunion ausging. 1937 setzte er sich in der Enzyklika "Divini redemptoris" in eindringlicher und ausführlicher Form mit den Wesensmerkmalen des Kommunismus auseinander, vor allem mit seiner falschen Erlösungsidee und seiner Verweigerung der naturgegebenen Rechte der menschlichen Person zur Schaffung eines Kollektivmenschen in einer utopischen Gesellschaft. Er bezeichnete die marxistisch-leninistische Lehre als "System voll von Irrtümern und Trugschlüssen, das ebenso der gesunden Vernunft wie der göttlichen Offenbarung widerspricht."

Bis heute erstaunlich aktuell ist die Warnung des Papstes vor dem Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Menschen in folgenden Worten:

"So beobachten die Häupter des Kommunismus das allgemeine Verlangen nach Frieden und geben sich daher so, als wären sie die eifrigsten Förderer und Propagandisten der Weltfriedensbewegung. ... Sie gründen unter Benennungen, die auf den Kommunismus nicht einmal anspielen, Vereinigungen und Zeitschriften, die dann einzig dazu dienen, ihre Ideen in Kreise zu bringen, die ihnen sonst nicht leicht zugänglich sind. Ja, sie suchen sogar durch Trug und

List in katholische und religiöse Vereinigungen einzudringen."

Der Schwerpunkt dieser Enzyklika liegt jedoch nicht auf der Aufzählung der Gefahren des Kommunismus, sondern auf den Heilmitteln zu seiner Überwindung. Das Rundschreiben erläutert dazu das christliche Menschenbild, "wie es von der Vernunft und vom Glauben durch die Kirche gelehrt wird". Es begründet anhand der katholischen Soziallehre die Rechte und Pflichten des einzelnen und erteilt dem nur auf irdische Güter gerichteten Materialismus eine entschiedene Absage.

Nach dem 2. Weltkrieg fielen weitere Länder Europas unter das Joch kommunistischer Systeme. Neben den orthodoxen Gläubigen bekamen viele Millionen katholischer und evangelischer Christen die brutalen Verfolgungen einer atheistischen Herrschaft zu spüren. Wieder reagierte der Vatikan unter dem Pontifikat des Papstes Pius XII. mit Erlassen gegen den Kommunismus. Gleichzeitig betonte die Kirche unmißverständlich:

"Die Dekrete dienen nur der religiösen Aufgabe der Kirche. Wer dafür kein Verständnis hat und nicht bereit ist, für eine neue Sozialordnung und eine wahre Gemeinschaft aller Menschen einzutreten, in der die Gerechtigkeit die Grundlage und das Gebot der Nächstenliebe höchstes und verpflichtendes Gesetz ist, der hat auch keine Veranlassung, diese antikommunistischen Dekrete der Kirche zu bejubeln. Die Kirche als Hüterin des Glaubens und des Sittengesetzes verurteilt nicht nur den materialistischen und antichristlichen Kommunismus, sondern auch die verkehrten Formen eines in seiner Wurzel ebenfalls materialistischen Kapitalismus."

- Die durch Jahrzehnte anhaltende Macht des atheistischen Systems zwang später alle kirchlichen Gemeinschaften zu manchen schmerzlichen Kompromissen, um wenigstens ein Minimum an Kult und Seelsorge zu erhalten. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft einzelner christlicher Gruppen, für angeblich gemeinsame Ziele wie "den Weltfrieden" oder "die Armen der Dritten Welt" mit kommunistisch infiltrierten Organisationen zusammenzuarbeiten und sogar ihren Führungsanspruch anzuerkennen.

Wer mit offenen Augen sozialistische Länder besuchte, erkannte sehr bald, welche starre Fesseln sich eine Ideologie geschaffen hatte, die der Natur des Menschen widerspricht.

Ein System, das in Schulbüchern und auf Transparenten verkündet "Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist", kann schließlich keine religiösen Offenbarungen dulden, ohne selbst unglaubwürdig zu werden. Nicht einmal dann, wenn dies auf Grund veränderter Verhältnisse wünschenswert erscheint.

- Wer als Dogma verkündet, der Mensch sei das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, muß über die Kriminalität im eigenen Land nach 50 Jahren Kommunismus schweigen. Welche Sensation war es für meinen russischen Gastgeber und mich, als wir zu Beginn der 80er Jahre in einem Leningrader Bahnhof ein Fahndungsplakat hängen sahen!

- Wie schwach muß eine Lehre sein, die öffentliche Kopierapparate verbietet, das Gepäck einreisender Touristen nach religiöser Literatur durchsucht und christliche Sakramente nach einiger Zeit durch eigene Riten wie Jugendweihe und Hochzeitszeremonien ersetzt!

- Wer glaubte zuletzt noch an meterhoch auf Fabriken und Parteigebäuden angebrachte Parolen wie "Die Partei ist der Geist, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche" oder "Das Programm der Partei ist das Programm des Volkes"!

So war es nur konsequent, wenn Streiks, Proteste und Freiheitsregungen im Ostblock blutig unterdrückt wurden: in Kronstadt 1921, in Berlin 1953, in Ungarn und Polen 1956 und in der CSSR 1968. Die Machthaber wußten besser als mancher Politiker im Westen, daß schon die Duldung der utopischen Forderung nach einem "Sozialismus mit menschlichem Angesicht" den Untergang ihrer Herrschaft eingeleitet hätte. ...

... Reichlich vorgestrig zeigte sich die Kirchenzeitung einer bayrischen Erzdiözese, die in ihrer letzten Weihnachtsausgabe zwei überholte und widerlegte Propheten in den Vordergrund stellte; den Befreiungstheologen Leonardo Boff (Zitat 1988: "Ich finde es wunderbar, daß der

Marxismus immer für eine gerechte und klassenlose Gesellschaft gekämpft hat.") und die feministische Theologin Dorothee Sölle (Zitat 1987: "Das brutale Machtsystem der westlichen Welt, das sich nur mit der allergrößten Anstrengung an der Macht halten kann.")

- Wer weiterhin sozialistische Modelle für die vom "realen Sozialismus" befreiten Länder empfiehlt, erweist sich heute als ebenso reaktionär wie jener, der glaubt, allein mit der Einführung der Marktwirtschaft die Wunden zu heilen.

Auch wenn die Bewahrung der Schöpfung, die Fürsorge für die an den Rand Gedrängten und die Fragen ernsthafter Theologen uns weiterhin beschäftigen werden, an erster Stelle stehen heute neue Aufgaben und Perspektiven. Eine Gesellschaft im Umbruch, die jahrzehntelang unter dem naturwidrigen Menschenbild des Kommunismus gestanden ist, braucht geistige und geistliche Grundlagen der Erneuerung. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 berichtete im Mai 1990 über das Buch "Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1789-1984" des österreichischen Publizisten Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) (x853/...): >>... **Der rote Faden ...**

Es fügt sich, daß 1989 – 200 Jahre nach der Französischen Revolution - das jämmerliche Ende jener "Schande des Jahrhunderts" (Ratzinger) offenbar wurde, die als Befreiungsverheißung mit endgültig-glückhafter Zukunft vor 150 Jahren ersonnen, mit Agitation, Revolutionen und einer fürchterlichen Blutspur ins schauerlichwahn sinnige Werk gesetzt wurde. Die Vorgeschichte weist auf 1789 zurück.

Da hat es schon makabre Züge, daß das 200-Jahr-Gedächtnis in Frankreich von der sozialistischen Regierung unter das Zeichen der angeblich sich von 1789 herleitenden Menschenrechte gestellt und mit großen Spektakeln gefeiert wurde. Die wahre Befreiung in Osteuropa und in Mitteleuropa geschah dann von den Erben jener "Aufklärung". Wir zitieren in diesem Zusammenhang aus dem o. a. Buch aus den Seiten 438-443.

Das Problem unserer überschuldeten Nachfahren bleibt weiter ein ungelöstes. Wie viele Nachfahren werden wir aber wirklich haben? Wahrscheinlich, wenn die Geburtenziffern Euramerikas so bleiben, wie sie es jetzt sind, sehr, sehr wenige, was aber dann die Last für die einzelnen (die auch eine Mehrheit von Greisen ernähren müssen) um so drückender machen wird. In den Tropen, im Armenhaus der Dritten Welt, mag es dann da wohl ganz anders aussehen, aber bei uns endet die Hälfte der Leibesfrüchte in den Kanälen. Unsere Gesetzgeber sind tatsächlich neckische Witzbolde: Schwerverbrecher werden bei uns nicht hingerichtet, sondern leben in Zellen mit Farbfernsehern, und die Homosexuellen unter ihnen erfreuen sich zudem noch eines urgemütlichen Geschlechtslebens hinter Gittern, während die Ungeborenen reihenweise exekutiert werden. So wird schließlich aus dem "demokratischen Rechtsstaat" ein ganz übler Scherz ...

Die Christenheit kam in den letzten zweihundert Jahren vom Regen in die Traufe. Die Schrecken steigerten sich in jeder Etappe des 'Fortschritts' - von 1789 bis 1918 (mit der großen Illusion des 19. Jahrhunderts, der verborgenen Schwangerschaft nach der Empfängnis der Französischen Revolution), von 1918 bis 1945, von 1945 bis auf unsere Tage, und man fragt sich jetzt bange, wie das noch weitergehen wird.

Befinden wir uns nicht alle in der Abteilung für kriminelle Narren in einem Inquisitionsspital für verrückte Verbrecher, deren Untaten ebenso grausig wie inbrünstig dumm sind?

Aber wie haben doch die Apostel des 'Fortschritts' fortwährend das Maul vollgenommen! Mit was für eitlen Versprechungen, grundlosen Hoffnungen und frechen Gaunertricks, blöden Aufschneidereien und Übertreibungen haben die Vertreter der roten Morgenröte, die nie einen Sonnenaufgang brachte, die Menschheit hingehalten! Da waren die Leute der alten Ordnung im Vergleich doch recht bescheiden. Maurras, den ich allerdings ungern zitiere, sagte da sehr schlicht von der Monarchie: "Le moindre mal, la possibilité du bien – das geringste Übel, die Möglichkeit von etwas Gutem."

Freilich, mit solchen Worten kann man keine hysterische Massenbewegung entfachen! Es möge uns aber zum Trost gereichen, daß keiner der großen Denker der Antike und der Christenheit als ältere, reifere Menschen je die Ideale der drei Revolutionen und deren Vorläufer gehegt haben. Kann man sich vorstellen, daß Herder, Goethe, Schopenhauer, Grillparzer, Spengler, ja auch Nietzsche sich für den Nationalsozialismus, Dostojewskij, Solowjow, Leontjew, Unamuno, Ortega sich für den Sozialismus, Plato, Aristoteles, der Aquinate, Luther, Shakespeare oder Kierkegaard sich für die Demokratie erwärmt hätten?

Allerdings muß man da reine Literaten ausnehmen, die zu allem und jeglichem fähig sind, wie zum Beispiel Thomas Mann, der zu Stalins Zeiten Lion Feuchtwanger schrieb, er fände den demokratischen Kommunismus, wie er in der Sowjetunion praktiziert würde, sehr richtig. Auch Philosophen à la Maritain haben sich da Unglaubliches geleistet ...

Wir wollen nicht noch eine komplette Liste der Greuel geben, die uns die letzten zweihundert Jahre gebracht haben - von der charmanten *notre chère mère la guillotine*, den *noyades*, den *colonnes infernales* bis zu Auschwitz, Workuta, Solowki, Dresden, Hue und Phnom-Penh, einschließlich Chinas vielleicht 80 Millionen Toten. Unser Zeitalter befindet sich im Zeichen des "G" - der Guillotine, Gefängnisse, Galgen, Gaskammern, Genickschüsse, Gulags, Genozide und Geisteskrankenhäuser.

Ja, auch der Geisteskrankenhäuser, den sowjetischen Psychuscki, in denen man mit Elektroschocks zum fortschrittlichen Diamat (Materialismus) bekehrt wird, Zeichen einer sinnesverwirrten Welt. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Weichen falsch gestellt und zweihundert Jahre fahren wir schon auf einem falschen Geleise - eine lange Zeit für uns, aber ein Bruchteil eines Augenblicks für Gott. Und durch diese Zeit zieht sich als roter Faden der bleckende Wahnsinn.

Mit einem roten Band oder einem roten Faden, dezent um den Hals gelegt, hat die Jeunesse Dorée nach dem Fall Robespierres auf den rauschenden Bällen des Directoire dem Tod ihrer Eltern auf der Guillotine ein sichtbares Zeichen gesetzt, aber dieser in jeder Beziehung sehr rote Faden ist bis heute nicht abgerissen.

Tatsächlich sind durch die Französische Revolution die Weichen falsch gestellt worden. Natürlich gab es für diesen tragischen Irrtum eine ideologische Vorbereitung, doch der Sturm auf die Bastille, die Herrschaft der Jakobiner waren keineswegs "unausweichlich". Es gibt Ideen, die kommen und gehen, aber die Freiheit des Willens wird durch sie nicht außer Kraft gesetzt. Der Verfasser ist kein Konservativer im üblichen Sinne des Wortes, also auch ganz und gar kein Freund der heutigen Establishments, sondern ein doch eher revolutionärer Neuerer im Rahmen bleibender Wahrheiten, ein rechtsradikaler Stockliberaler, der entschlossen gegen den Strom der Zeit zu schwimmen versucht.

Doch kann er sehr wohl einen Konservativen verstehen, der vor 150 Jahren mit grausamer Deutlichkeit sah, wohin wir steuerten: zum totalen Staat östlicher oder auch westlicher Prägung, zur Schaffung der Dritten Welt der vorzeitig Entkolonialisierten, zum religionslosen, also rein tierischen Nihilismus minus der natürlichen animalischen Instinkte, zur Vernichtung der Natur durch eine maßlose Technik, die überdies unter der Ägis von hirnlosen Ingenieuren, herzlosen Physikern und heillosen Politikern uns allen das Lebenslicht ausblasen kann. Das sind alles Dinge, die der lieben neuen Linken zum Gaudium altkonservativer Beobachter heute einen stets größer werdenden Schrecken einjagen.

Manche "Grüne" fangen schon langsam an, wie verstaubte, elegische Hofräte aus dem Vormärz zu reden, die aber doch den schauerlichen Bankrott der Moderne mit viel deutlicherer Präzision voraussahen als die naiven Progressisten der Jahrhundertwende!

War alles falsch seit 1789? Nein, nicht alles war falsch, aber das Ganze war falsch, nicht die praktischen Ausführungen, wohl aber die Grundgedanken. Daher auch das Scheitern. Mit den Ideen von 1789 sind wir alle (selbst die 'konservativsten' unserer Zeitgenossen) bewußt-

unbewußt verbunden, aber wenn sie wirklich unsere Windeln waren, wie leicht könnten sie unsere Lechentücher werden, in denen wir ersticken und zugrundegehen. Um zu überdauern, müssen wir uns ihrer entledigen. Das ist ein Gebot der Stunde ...

Doch woher kommt diese alptraumhafte Dekadenz? Zu größtem Teil von einer glaubenslosen "Wertfreiheit", die sich weigert, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, aber auch von der ideologisch-politischen Gleichsetzung der Dummheit mit dem Wissen und der Erfahrung. Das Geheimrezept des Westens besteht anscheinend darin, daß in geheimen Wahlen die Stimme einer achtzehnjährigen Geheimprostituierten der Stimme eines achtzigjährigen Geheimrats gleichgestellt wird.

So feiert die Abschaffung aller Werte ihre nihilistischen Triumphe. Kein Wunder auch, daß man anstatt minimaler Regierungen von höchster Qualität im Westen (und auf andere Art auch im Osten) maximale Regierungen von niedrigster Qualität bekommt. Marx sprach von einem Prozeß der Verelendung, wir aber sollten von einer Vereselung reden.

Man kommt nur mehr den Trieben der Massen entgegen, indem man ihnen nachgibt oder ihre geheimsten und gemeinsten Begierden zur Erfüllung bringt. Doch die Massen fühlen sich auch schwach und werden daher vom großen Übel der Schwachen befallen: Haß und Grausamkeit, beides Zeichen der Ohnmacht.

Diese Ohnmacht wird durch zahllose Ängste überhöht, von denen die Atomangst nur eine ist. Augenblicklich sind wir 39 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt und dieser, die Folge des Ersten, ist immer noch gegenwärtig. Wir leben alle schier endlos in der "Nachkriegszeit". (Wer hätte im Jahre 1854 behauptet, man stünde noch in der napoleonischen Nachkriegszeit?) Frieden zu machen waren die großen Demokratien außerstande. Einen Krieg kann man mit roher Gewalt und Kniffen gewinnen: zum Frieden aber braucht man viel mehr - braucht man Charakter, Großmut, Wissen und Weisheit.

Hier aber stoßen wir an die alte Problematik des Wissens. Karl Steinbuch sagt uns deutlich: "Es ist auch ein Irrtum zu meinen, es brauche nur den guten Willen der Fachleute, um beliebig komplizierte Sachverhalte allen verständlich zu machen." Und später setzt er hinzu: "So muß jeder schließlich irgendwo das aufgeben, was man als 'Rationalität' bezeichnet und sich etwas anvertrauen, was 'nur' Glaube ist. Wir stehen heute vor dem Zwang, Unverstandenes glauben zu müssen, wir stehen an den Grenzen der Aufklärung."

Vertrauen? Der moderne Mensch im freien Westen hat aber weder Liebe für noch Vertrauen in sein Land, sein Volk oder in seine Regierung.

Die "Loyalitäten" sind alle methodisch zerschlagen worden. Soldaten starben im Ersten Weltkrieg für "Gott, Kaiser und Vaterland", aber inzwischen wurde Gott "entmythologisiert", die Herrscher entkrönt, die Regierungen in einander verteufelnde Parteien aufgelöst und die Nationen in feindliche Klassen und Interessensgruppen aufgeteilt. Wer opfert, leidet und stirbt für Sozialversicherung, Wahlzettel, Abtreibung und Pornofreiheit? Wer vertraut schon Politikern? Heute gilt es, uns der dritten Aufklärung zuzuwenden – die 'Aufgeklärten' endlich einmal wirklich aufzuklären ...

Doch der Abstieg ist auch die Folge der Abwendung von Gottes Wort. Wie sagte doch ein chinesischer Europareisender schon im vorigen Jahrhundert? "Einst waren die Staatsmänner der europäischen Nationen imstande, in ihren eigenen Ländern Ordnung zu halten und den Frieden zu sichern, weil sie Gott fürchteten und ihn anbeteten. Heute aber ist es das Volk, das sie fürchten und anbeten." Man müßte zum "Volk" allerdings auch die "veröffentlichte Meinung" der Halbgebildeten mit ihren gottfernen Ideologien hinzufügen.

So ist der Götzendienst perfekt geworden. Man könnte annehmen, sagte uns Chesterton, daß der Mensch, der nicht an Gott glaubt, an gar nichts mehr glaubt. Das aber ist ein Irrtum. Er glaubt dann einfach an alles.

An alles! Da haben wir den Fall des durch seine Frau steinreichen USA-Botschafters in der

UdSSR, Joseph E. Davies, der in seiner "Mission to Moscow" (1941, S. 155 ff.) schrieb, die Moskauer Schauprozesse beruhten alle auf echten Aussagen der Angeklagten, und Stalin sei ein so lieber, netter und gütiger Mann, daß Kinder auf seinem Schoß sitzen und Hunde sich an ihn anschmiegen wollten. Der idiotische Bestseller wurde auch noch verfilmt! Also nur ein dummer Amerikaner?

Lion Feuchtwanger schrieb in Moskau 1937, daß bei den Schauprozessen nicht geschwindelt wurde, und diesen Band legte man dann dem restlos verzweifelten Bucharin in seine Todeszelle, ... einer der vielen grausigen Fälle berühmter, politisch engagierter Literaten, die noch größeres Unheil anstellen als wirtschaftlich orakelnde Kleriker. Und wie viele Zeitgenossen begeistern sich immer noch an Marxisten mit Produktionsformen, die wirtschaftlich daß inbrünstig Dümme und Arbeiterfeindlichste sind, das ein Schrumpfhirn sich ausdenken kann. Doch sie sind "fortschrittlich", und der "Fortschritt" ist der tröstende Fetisch einer geistlosen und gottlosen Menschheit.

Was hätten Wir, die heutige Lage betrachtend, bei all der Dummheit und Niedertracht in der Vergangenheit auch erwarten können? Den atomaren Krieg, der uns dank einer Mischung von höchstem technischen Können, bodenlosem politischen Unsinn und wirklicher Feigheit bedroht, kann man vielleicht doch nur mehr durch das Gebet abwenden.

Friedensdemonstrationen wütig angstvoller Horden mit geballten Fäusten und Spruchbändern? Sie erinnern uns nur an die hilflose Geste des Kindes vor dem triebhaft-mordsüchtigen Stawrogin in den Dämonen. Lieber rot als tot? Das ist für Aufrechte keine Alternative, da der Tod uns immer gewiß bleibt, die Knechtschaft aber nicht unentrinnbares Schicksal ist.

Den verhängnisvollsten Folgen des Unwissens begegnen wir im Bereich der Volkswirtschaft, der Völkerpsychologie und der Soziologie, die den Hintergrund zur sogenannten "sozialen Frage" abgeben. Die Problematik der Dritten Welt ist eng damit verbunden, denn dort, wo es trotz mangelnder Rohstoffe ein konfuzianisches Arbeitsethos gibt (von Japan und Korea bis Singapur), gibt es auch keine "Dritte Welt", die, um das Übel noch ärger zu gestalten, gerne mit dem völlig unwirtschaftlichen Sozialismus liebäugelt.

Das Schlagwort von der "sozialen Gerechtigkeit" hat uns in diesem Jahrhundert durch Revolutionen und ideologische Kriege weit über hundert Millionen Menschenleben gekostet, wobei die Opfer des "Rassismus" miteingerechnet werden müssen.

Bleibt uns da überhaupt noch Hoffnung? Sie ist heute vernunft- und verstandesmäßig kaum noch berechtigt – und schon gar nicht als "Prinzip Hoffnung" à la Ernst Bloch. Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, uns für dieses Erdendasein 'optimistisch' zu gebärden, wohl aber müssen wir die Hoffnung als eine der drei "theologischen Tugenden" - Glaube, Hoffnung und Liebe - pflegen.

Auch haben wir das Versprechen Christi: "Ich werde bei euch bleiben bis an das Ende der Tage." Und nur eingedenk dieser Zusicherung des Herrn können wir auch die Schlußworte der Tragödie des Menschen von Emmerich Madäc, des "ungarischen Faust", mutig wiederholen: "Mensch kämpfe und vertraue vertrauensvoll!"

- Der Kampf gegen Vernunft, Verstand, Wissen, Weisheit und Erfahrung - fünf verschiedene Elemente - tobt seit 200 Jahren, und eigentümlicherweise hat dieser Verfall bei uns mit der Anbetung der "Göttin der Vernunft" richtig begonnen (S. 13). - ...<<

Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Ferner wurde eine EntschlieÙung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-NeiÙe-Linie) verabschiedet.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gab am 21. Juni 1990 im Deutschen Bundestag folgende Regierungserklärung zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und

Sozialunion ab (x850/...): >>Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute.

Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung stehen wir jetzt vor der Erfüllung der Hoffnung der Menschen in Deutschland auf die Einheit und die Freiheit aller Deutschen. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Entschließung zur Grenze des künftigen vereinigten Deutschland mit Polen geht es um entscheidende Schritte auf dem Weg, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

... Wir können die Bedeutung dieser Stunde nur ermessen, wenn wir alle uns vergegenwärtigen, was die Lebenserfahrung unserer Landsleute in der DDR in den letzten 40 Jahren war. Sie haben ein System überwunden, das vielen Menschen großes Leid, Elend und Verzweiflung gebracht und manche das Leben gekostet hat.

Gerade in diesen Tagen hat sich wieder gezeigt, wie verwerflich dieses System war: Es hat mit Terroristen zusammengearbeitet, die hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gemordet haben.

Mauer und Stacheldraht sind die schrecklichen Symbole einer Zeit, in der Deutsche nicht zu Deutschen kommen durften. Wir trauern heute besonders um jene, die in den Lagern des Stalinismus, in Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt, gedemütigt, gequält und nicht selten ermordet wurden.

Sie alle wollten - wie vor allem die Opfer des 17. Juni - in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen. Sie kämpften für die Wahrheit und gegen die Lüge, gegen ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Wir dürfen ihr schweres Schicksal niemals vergessen. Solches darf sich in Deutschland nie wiederholen.

Gerade an einem Tag wie heute muß uns allen bewußt sein, daß wir ihnen verpflichtet sind. Gerade an einem Tag wie heute muß es auch allen bewußt sein, daß das Leitwort des Jahres 1945 - "Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur" - für uns Deutsche nicht nur eine nationale Dimension hat, sondern weit darüber hinausweist.

Es hat in den vergangenen 40 Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen gegeben, die sich vom ersten Zusammentreten des Bundestages an leidenschaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deutschen eingesetzt haben. Stellvertretend für viele, die glücklich wären, könnten sie diese Stunde heute erleben, möchte ich den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:

"Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird."

Dieser Geist der Gemeinsamkeit sollte heute alle Abgeordneten des Hohen Hauses leiten, wo sich uns jetzt die Chance bietet, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen.

Natürlich, meine Kolleginnen und Kollegen, kann heute niemand sagen, wie spätere Generationen einmal über uns urteilen werden. Doch die heutigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Nation. ...

Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß bald alle Deutschen gemeinsam in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir stehen damit vor einer der größten Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte.

Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens die Einheit erlebbare Wirklichkeit. Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich damit die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. Sie richten ihre Hoffnungen auf diesen Staatsvertrag, und

sie erwarten von uns, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Der Staatsvertrag ist Ausdruck der Solidarität unter den Deutschen. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder - und fortan - unauflöslich miteinander verbunden. Der Staatsvertrag dokumentiert den Willen aller Deutschen, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen - in einem vereinten, in einem freien Deutschland.

Ich rufe alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. Er weist den Weg zur Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiert, der will den Weg zur Einheit nicht.

Für die Menschen in der DDR ist es wichtig zu wissen, daß die Botschaft der Solidarität auch hier bei uns von einer großen Mehrheit getragen wird. Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute zurück. Er stellt in einer entscheidenden Stunde der deutschen Geschichte die Fähigkeit zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage.

Meine Damen und Herren,

ich bin mir bewußt, daß der Weg, den wir jetzt einschlagen, schwierig sein wird. Das wissen auch die Menschen in der DDR. Aber sie sagen uns allen auch unmißverständlich: Der Staatsvertrag muß kommen.

Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, daß Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Wer jetzt behauptet, man hätte sich doch mehr Zeit lassen können, der verkennt die Realitäten in Deutschland, und er verdrängt die Erfahrungen der letzten Monate. Es sind die Menschen in der DDR, die das Tempo der Entwicklung bestimmt haben und im übrigen weiter bestimmen werden.

Hunderttausende von Übersiedlern sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie in der DDR keine Zukunftsperspektive mehr sahen, Menschen, die für den Aufbau in der DDR dringend gebraucht werden. Erst die Aussicht auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat viele unserer Landsleute wieder Hoffnung schöpfen lassen.

Ein Hinauszögern des Staatsvertrages - mit welchen Argumenten auch immer - hätte den Zusammenbruch der DDR bedeutet. Die Übersiedlerzahlen wären erneut sprunghaft angestiegen - wie wir alle wissen, mit verheerenden Folgen. Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen?

Die Deutschen in ihrer großen Mehrheit wollen den Staatsvertrag, weil sie die Einheit wollen und weil sie wissen, daß der jetzt eingeschlagene Weg der richtige ist.

Natürlich fragen sich viele bei uns wie in der DDR, was dieser beispiellose Vorgang für sie ganz persönlich bedeutet, für ihren Arbeitsplatz, für ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien. Ich denke, wir alle nehmen diese Sorgen ernst.

Für das große Ziel der Einheit unseres Vaterlandes werden auch wir in der Bundesrepublik Opfer bringen müssen. Ein Volk, das dazu nicht bereit wäre, hätte seine moralische Kraft längst verloren.

Aber ich bin sicher: Wir werden diese große Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zum Wohle der ganzen Nation bewältigen.

Es wird harte Arbeit, auch Opfer, erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen und auch auf eine gewiß nicht einfache Zeit des Übergangs. Aber niemandem werden dabei unbillige Härten zugemutet. Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.

Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutsch-

lands auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Für mich ist dies ein selbstverständliches Gebot nationaler Solidarität.

Es ist zugleich eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine Investition, die sich bald bezahlt machen wird. Denn der wirtschaftliche Aufbruch in der DDR wird allen zugute kommen - den Deutschen in Ost und West und unseren Partnern in Europa und weltweit.

Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für die Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute? Die Wirtschaft in der Bundesrepublik floriert. Der wirtschaftliche Aufschwung geht jetzt in sein achtendes Jahr. Das Ende ist glücklicherweise nicht abzusehen. Wann je hat es das zuvor gegeben?

Wir haben alle Möglichkeiten, die nationale Herausforderung der Deutschen zu bewältigen, wenn wir solidarisch zusammenstehen und wenn wir die Chancen nutzen, die sich uns jetzt bieten.

Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über 40 Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben. Damals haben die Menschen mit ihrem Mut und mit ihrer zähen Entschlossenheit, mit Fleiß und mit Einfallsreichtum und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein für die gemeinsame Aufgabe eine stabile Demokratie errichtet.

Sie haben Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für einen Teil Deutschlands verwirklicht. Wir wollen, daß dies alles jetzt endlich auch für das ganze Deutschland Wirklichkeit wird. Der Staatsvertrag, über den wir heute abstimmen, ist dafür Voraussetzung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

die Herstellung der deutschen Einheit wird international nur akzeptiert werden, wenn die Gespräche über deren äußere Aspekte Erfolg haben, d.h. die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einerseits sowie den Vier Mächten USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion andererseits.

Morgen wird in Ost-Berlin das zweite Treffen im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Außenministerebene stattfinden. Weitere Treffen sind für Mitte Juli in Paris und für Anfang September in Moskau angesetzt. Nach unseren Unterredungen mit allen Partnern in diesem Gesprächskreis bin ich zuversichtlich, daß es gelingen wird, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen rechtzeitig und zufriedenstellend zu lösen. Dazu gehört insbesondere die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir dem für November geplanten Sondergipfel der KSZE-Staaten das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche präsentieren. Ziel dieser Gespräche muß die volle Souveränität für das wiedervereinigte Deutschland sein.

Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Wir wissen, daß das geeinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europas von morgen ein besonderes Gewicht haben wird. Wir sind uns deshalb von Anfang an bewußt gewesen, daß die Einheit Deutschlands alle unsere Nachbarn fundamental berührt und sie natürlich auch bewegt, ja, oft auch besorgt macht. Fast alle haben unter den Gewalttaten des NS-Regimes schwer zu leiden gehabt. Wir müssen die Fragen verstehen, die so mancher sich - und uns - heute stellt. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, und wir wollen dies tun.

Wir Deutsche sind ein Volk. Wir dürfen von allen Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch, die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, unterstützen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung nicht allein uns

Deutschen gehören.

Wir wollen am Ende eines Jahrhunderts, das Europa so viel Krieg, Leid und Not gebracht hat, mit allen unseren Nachbarn zu dauerhafter Verständigung und Versöhnung kommen. Wir wollen mitbauen an einem neuen, an einem geeinten Europa. Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander. Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks schafft den Rahmen, in dem sich die Einheit Deutschlands in Freiheit vollenden kann. Die Vereinigung unseres Vaterlandes wird der politischen Einigung Europas einen entscheidenden Impuls geben. Dies gilt auch für das große Ziel eines Europa, das als Ganzes wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfinden muß.

Ein Deutschland, das sich in Freiheit vereinigt, wird niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für Europa und alle unsere Partner sein. Von deutschem Boden werden Frieden und Freiheit ausgehen!

Gerade auch in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten, vor allem zu Polen und zur Sowjetunion, wollen wir dies deutlich machen. Zusammen mit dem polnischen Volk müssen wir uns im wachen Bewußtsein für die Belastungen der Vergangenheit der großen Aufgabe stellen, für die junge Generation unserer beiden Völker eine Zukunft in Frieden und gemeinsamer Freiheit zu gestalten. Das polnische Volk soll es wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem "Weg nach Europa" sein.

Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen, einen zukunftsweisenden Charakter verleihen, nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.

Der Deutsche Bundestag richtet heute gemeinsam mit der Volkskammer der DDR eine unmißverständliche Botschaft an Polen: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.

Für das künftig geeinte Deutschland kann erst eine gesamtdeutsche Regierung eine für die Zukunft völkerrechtlich verbindliche Unterschrift leisten. Erst ein gesamtdeutsches Parlament kann einen solchen Vertrag ratifizieren. Klar ist: Am Willen des deutschen Volkes, bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR, kann nicht gezweifelt werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wir vergessen nicht, welches Leid und Unrecht von Deutschen anderen Menschen und Völkern zugefügt wurde. In meiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns habe ich gesagt: "Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln." Dem polnischen Volk hatte er den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden.

Das NS-Regime hat den Krieg zu verantworten, wie seine Folgen, und damit auch - gemeinsam mit Stalin - unseren Verlust Ostdeutschlands. So mußten die Menschen, die dort lebten, ohne eigene Schuld für die Verbrechen anderer einen hohen Preis entrichten.

Es leben viele in unserem Land, die die Erklärung, die wir heute abgeben, tief berührt und schmerzt. Sie sind ihrer Vorfahren Heimat mit dem Herzen fest verbunden. An einem Tag wie heute können sie nichts anderes als Trauer empfinden. Kein Mensch hat das Recht, ihren Gefühlen seine Achtung zu versagen. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen, und wir können sie gut verstehen.

Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze

eine klare Antwort geben.

Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem auch die Vier Mächte, also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion.

Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.

Die Entscheidung, die wir als frei gewählte Abgeordnete heute hier treffen müssen, ist richtig und notwendig; denn es geht um die Einheit und Freiheit Deutschlands, und zugleich geht es um ein Werk des Friedens und der Versöhnung.

Ich weiß, daß es im Blick auf die 700jährige Geschichte der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auch einigen Kollegen im Deutschen Bundestag nicht leicht fällt, dieser EntschlieÙung zuzustimmen. Bei aller Freude darüber, daß mit der Verabschiedung des Staatsvertrages die Einheit der Deutschen in gemeinsamer Freiheit in greifbare Nähe rückt, ist dies für niemanden eine leichte Stunde. Freude, Ernst und Trauer liegen eng beieinander.

Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, des östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares, ihr historisches Gepräge gegeben.

Ich denke daran, daß dieses Land in Glück und Unglück, in Freude und Leid Lebensmittelpunkt von vielen Generationen von Deutschen war. Millionen von Deutschen haben dort ihre Wurzeln. Noch immer leben dort deutsche Familien Seite an Seite mit ihren polnischen Nachbarn.

Im Bewußtsein und in den Gefühlen vieler Deutscher sind die Landschaften östlich von Oder und Neiße, wo sie für ihr Leben prägende Eindrücke erfahren haben, als Heimat lebendig. Dieses ganz ursprüngliche Gefühl der persönlichen Verbundenheit verdient jedermanns Achtung, ja, Sympathie.

Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation. Uns Deutschen liegt viel daran - ich will mich auch persönlich dafür einsetzen -, dieses Kulturerbe zu bewahren und zu pflegen. Dieses Erbe bleibt lebendig, es ist unverlierbarer und unvergänglicher Bestandteil unserer Geschichte wie auch des kulturellen Reichtums Europas. Noch in vielen Jahren und Generationen werden sich Menschen an den Gedichten Eichendorffs erfreuen, und was Immanuel Kant "zum ewigen Frieden" geschrieben hat - über einen Föderalismus freier Staaten, über die Herrschaft des Rechts-, bleibt ein Wegweiser in das Europa der Zukunft.

Wahrheit ist - und das darf an einem Tag wie heute nicht verschwiegen werden -: Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Wir können auch Jahrzehnte danach nicht erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen.

Ich weiß, daß die Erfahrung von Flucht und Vertreibung auch nach Jahrzehnten noch schmerzt. Der Tod von Familienangehörigen und Freunden, das Zurücklassen von Hab und Gut, von Haus und Hof sind ein schweres Schicksal. Die Betroffenen werden ihren Schmerz aber noch stärker empfinden, wenn das ihnen angetane Unrecht verschwiegen wird.

Deshalb sind wir dankbar für die Worte, die Persönlichkeiten wie der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, wie der Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der dieses Jahr mit dem Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken ausgezeichnet wurde, und andere in der gemeinsamen Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September 1989 gefunden haben. Sie schrieben:

"Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu

beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl"

Sie setzten damit ein sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Gerade auch die deutschen Heimatvertriebenen haben in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 schon früh ein großartiges Bekenntnis zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur Schaffung eines geeinten Europa abgelegt.

Sie erklärten damals:

"Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."

Nicht Rache, nicht Vergeltung: mit diesen Worten haben sie ihre eindeutige Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit gegeben. Sie haben damit vor aller Welt bekundet, daß die Saat des Hasses und der Gewalt, die Saat Hitlers und Stalins, nicht fortlaufend neues Unrecht hervorbringen darf.

Heute sind in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße polnische Familien in zweiter und dritter Generation ansässig; diese Gebiete sind ihnen zur Heimat geworden. Wir Deutsche wollen nicht, daß Krieg und Elend, Blut und Tod immer wieder aufgerechnet werden. Wir wollen nach vorne schauen, auf die Zukunft kommender Generationen. Dies wird und kann eine Zukunft in Frieden und Freiheit sein.

Wir schauen vor allem auch auf die junge polnische Generation, die heute in Pommern, Schlesien und anderswo lebt, und wir rufen ihr zu: Wir wollen Frieden, wir wollen Verständigung, wir wollen Aussöhnung, wir wollen ein freies und einiges Europa.

Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance, eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu erreichen. Die Zeit dafür ist reif.

Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß jetzt endlich auch zwischen Deutschen und Polen möglich werden. In meiner Heimat, in der Pfalz, habe ich miterleben können, wie die deutsch-französische Freundschaft gewachsen ist. Diese Freundschaft wird für die deutsche Außenpolitik immer von existentieller Bedeutung bleiben.

Noch vor wenigen Jahrzehnten, in meiner eigenen Schulzeit, sollten die Kinder dort, wie überall in Deutschland und überall in Frankreich, im bösen Geist einer angeblichen Erbfeindschaft erzogen werden. Doch Haß und Feindschaft wurden überwunden, weil die Menschen es endlich so wollten. Über offene Grenzen kamen und kommen sie zusammen und lernen einander kennen. In freien Begegnungen konnten sich Verständnis und Vertrauen entfalten. Heute überqueren junge Deutsche und junge Franzosen ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaft zu schließen.

Es ist mein Wunsch - und ich hoffe, es ist unser Wunsch -? daß ein solches Miteinander über die Grenzen hinweg zwischen jungen Deutschen und jungen Polen bald ebenso selbstverständlich sein wird. Deshalb rufe ich dazu auf, das deutsch-polnische Jugendabkommen, das wir bei meinem Besuch in Polen im November des vergangenen Jahres vereinbart haben, mit Leben zu erfüllen und tatkräftig für eine gemeinsame Zukunft zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

wir vergessen allzu leicht: Ein freies und vereintes Deutschland kann gegenüber Polen auch an gute, ja, an beste Traditionen anknüpfen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern sind in der Vergangenheit keineswegs nur von Zwietracht, von kriegerischen Konflikten und vom Leid der Menschen überschattet gewesen. Im Gegenteil: Es gab lange Perioden fruchtbaren Austauschs, ja, eines harmonischen Miteinanders. Die heilige Hedwig gehört beiden Natio-

nen.

Wir müssen auch endlich begreifen, was der polnische Dichter und Denker Cyprian Kamil Norwid im 19. Jahrhundert festgestellt hat: "Eine Nation besteht nicht nur aus dem, was sie von anderen unterscheidet, sondern auch aus dem, was sie mit anderen verbindet."

Auch in schlimmster Zeit hat es Deutsche gegeben, die Menschlichkeit gegenüber Polen geübt haben. Neben den vielen, die sich als Werkzeuge des Verbrechens mißbrauchen ließen, gab es auch allemal "Zehn Gerechte", wie der Titel eines polnischen Erinnerungsbuches über die deutsche Besatzungszeit heißt.

Es waren deutsche Patrioten, die 1830 - während des polnischen Freiheitskampfes - gebannt und voller Hoffnung auf den Sieg der polnischen Sache setzten. Es war das Vorparlament der Frankfurter Paulskirche, das die Befreiung Polens zur "heiligen Pflicht des deutschen Volkes" erklärte. Und es waren wiederum Polen, die 1848/49 unter der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Revolution kämpften.

Diese Erfahrungen, das gemeinsame Ringen von Polen und Deutschen um Freiheit, sind von den Verbrechen in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden - verloren sind sie nicht. Es gilt, sie im Gedächtnis der Völker zu neuem Leben zu erwecken. Wir dürfen nicht zu Gefangenen eines Denkens werden, das mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt. Wahrhaftigkeit ist oberstes Gebot, wenn die Aussöhnung zwischen den Völkern gelingen soll.

Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen darf niemanden ausschließen, sie muß auch gerade die Heimatvertriebenen einbeziehen. Denn wer konnte mehr für Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen oder als diejenigen Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen einen großen Auftrag.

Gemeinsam muß es uns darum gehen, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten. Wir können dort Zeichen setzen, wie in einem Europa der Vielfalt die verschiedenen Völker und Kulturen einträchtig zusammenleben.

Dazu gehören die Bereitschaft zur Toleranz, die Achtung vor dem Nächsten, auch wenn er eine andere Sprache spricht, wozu er ein selbstverständliches Recht hat. Dazu gehört unverzichtbar der Schutz der Minderheitenrechte.

Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung anlässlich meines Besuches in Polen im November 1989 haben wir Fortschritte erzielt. Ministerpräsident Mazowiecki und ich erklärten damals:

"Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungsweise polnischer Abstammung sind oder die sich zu Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten."

Es bleibt noch viel zu tun, damit die Menschen, die dort leben, ihre Kultur, ihr Brauchtum, ihre Traditionen pflegen können. Sie wollen sich in der Sprache ihrer Mutter ausdrücken können - nicht zuletzt auch im Gottesdienst. Ich meine, in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit sollte dies alles selbstverständlich sein.

In unserer gemeinsamen Erklärung hieß es auch:

"Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt."

Aus dem Geist eines neuen Vertrauens wollen wir diese Zukunft gestalten. Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können, ohne deutsch-polnische Partnerschaft wird es sich nicht vollenden lassen.

Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zusammenleben - ein Haus der Freiheit für alle Europäer, wie es in den Worten Konrad Adenauers aus dem Jahre 1961 ausgedrückt ist. Diese europäische Friedensordnung muß sowohl die Demokratien Nordamerikas als auch die Sowjetunion einschließen.

Amerika ist auf dreifache Weise in Europa verankert: durch die Atlantische Allianz, durch eine intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft sowie durch die aktive Rolle Amerikas im KSZE-Prozeß.

Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen - politisch, in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell.

Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hinein hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.

Die Werke von Wassily Kandinsky und Dimitrij Schostakowitsch gehören allen Europäern. In den Romanen von Alexander Solschenizyn und Boris Pasternak spiegeln sich nicht nur bewegende Teile der europäischen Geschichte, sie sind auch ein Bekenntnis zur Humanität und Würde des einzelnen. Der gebürtige Russe Marc Chagall hat mit seinen großartigen Werken - ich denke an die Kirchenfenster in Mainz und Metz - Brücken der Kunst zwischen den europäischen Völkern geschlagen. Er verkörpert damit wie wenige die gemeinsame christlich-jüdische Tradition Europas.

Vor zwei Jahren beging Rußland das tausendjährige Jubiläum seiner Christianisierung. Einmal mehr wurden wir daran erinnert, daß dieses große Volk jene geistige Grundlage mit uns teilt, auf der die Idee von der unveräußerlichen Würde des einzelnen Menschen beruht.

Die historisch-kulturelle Verbundenheit mit Europa hat eine lange Tradition. Sie kann jetzt für die Zukunft endlich auch politisch wieder fruchtbar gemacht werden.

Hierfür bietet sich zum einen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an, die mit der weiteren Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein wichtiges Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden kann. Dabei geht es um neue Formen ständiger Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung - unabhängig von der Größe oder Wirtschaftskraft eines Landes.

Zum anderen gilt es, noch stärker als bisher den Europarat als Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu nutzen. Er symbolisiert wie kaum eine andere Institution die Einheit Europas im Geist der Menschenrechte.

Heute und in Zukunft müssen die deutsch-sowjetischen Beziehungen dem gemeinsamen Ziel aller Europäer dienen, in freier Selbstbestimmung ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen. In diesem europäischen Rahmen haben wir auch die Chance, eine neue Epoche in unseren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu gestalten.

Morgen jährt sich der Tag, an dem im Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte. Damit begann das schrecklichste und zugleich schmerzlichste Kapitel zwischen Deutschen und Russen sowie den anderen Völkern der Sowjetunion. Wir haben die Millionen Opfer, die unsagbaren Leiden der Menschen und die Verwüstungen nicht vergessen.

Ich habe anlässlich des 45. Jahrestages des Kriegsendes Präsident Gorbatschow geschrieben:

"In diesen Tagen, in denen sich auch die Völker der Sowjetunion anschicken, des 45. Jah-

restages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, möchte ich Ihnen und Ihren Mitbürgern unsere Verbundenheit in der Trauer um die Millionen Opfer, die dieser schreckliche Krieg in Ihrem Land gefordert hat, versichern. Auch wir Deutsche schließen sie in unsere Gedanken ein und bekunden den trauernden Familien unser Mitgefühl.

Wir Deutsche haben aus diesen bitteren Jahren der Geschichte gelernt und die Folgerungen gezogen. Gerade in dieser für uns Deutsche wichtigen Zeit, in der wir - nicht zuletzt auch dank der von uns in Moskau erreichten Verständigung - auf dem Wege zur staatlichen Einheit fortschreiten, möchte ich wiederholen: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!"

Letzte Woche hat mir Präsident Gorbatschow geantwortet. Er schreibt:

"In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird das politische Klima in Europa in vieler Hinsicht von den Entscheidungen abhängen, die wir treffen werden. Ich gehe von unserer beiderseitigen Bereitschaft aus, so zu handeln, daß wir unseren Völkern den Weg ins kommende Jahrhundert auf einer qualitativ neuen Grundlage erleichtern."

In unserem Verhältnis zur Sowjetunion ist in besonderem Maße historisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch politische Gestaltungskraft gefordert. Wir Deutsche stehen deshalb zu unserem Wort, die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion, zu achten. Dabei bleibt es für mich bei den Leitsätzen, die ich nach meiner Begegnung mit Präsident Gorbatschow im Februar dieses Jahres von dieser Stelle aus vorge tragen habe:

"Die Geschichte dieses Jahrhunderts ... zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland. Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht."

Meine Damen und Herren,

die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO liegen auch im Interesse der Sowjetunion. Beides erhöht die Stabilität und die Sicherheit in ganz Europa. Uns eröffnet sich jetzt die Chance, eine neue Phase der europäischen Geschichte einzuleiten, eine Phase, in der die Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, in der die europäischen Völker Sicherheit nur noch im Miteinander finden werden. Das bedeutet auch für die Sowjetunion den Durchbruch zu einer neuen Qualität der Sicherheit, die auch sie durch hochgerüstete Armeen niemals allein gewinnen wird.

Für die Lösung der jetzt anstehenden Fragen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche wird in den nächsten Monaten auch der Erfolg vielfältiger Verhandlungen entscheidend sein, in denen die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vorbereitet wird.

Erstens geht es um die Umgestaltung der Bündnisse selbst. Der Warschauer Pakt hat kürzlich eine Kommission berufen, die bis zum Herbst Vorschläge für seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten erarbeiten soll, der auf demokratischen Prinzipien beruht. Wir begrüßen diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit und hoffen auf Ergebnisse, die den tiefgreifenden Veränderungen Rechnung tragen.

Unser Atlantisches Bündnis wird bereits auf dem Gipfeltreffen Anfang Juli in London entsprechend den Vorschlägen von Präsident Bush seine Entscheidungen treffen. Wir werden die künftige Rolle, die Strategie und die militärische Struktur der Atlantischen Allianz neu bestimmen. Auch wir ziehen damit die Schlußfolgerungen aus den grundlegenden politischen und militärischen Veränderungen, die sich in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten vollziehen. Wir wollen damit den politischen Charakter des Atlantischen Bündnisses verstärken und sein militärisches Gewicht den neuen Verhältnissen anpassen.

Darüber hinaus stellt sich uns die politische Schlüsselaufgabe, in einer gemeinsamen Willens-

erklärung der Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts zukunftsgerichtet zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten, und ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind das zweite Feld, auf dem wir - parallel zu unserem Weg zur deutschen Einheit - auf Fortschritte und Erfolge setzen müssen. Dies gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.

Noch in diesem Jahr und rechtzeitig zum KSZE-Sondergipfel im November soll und muß ein erstes Abkommen in Wien fertiggestellt werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß sich Präsident Bush und Präsident Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen in Washington hierauf verständigt haben. Im Verlauf der Wiener Verhandlungen soll nach allgemeinem Verständnis auch über die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands und ebenso der anderen Teilnehmerstaaten verhandelt werden.

Aber Sicherheit in Europa kann unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr nur in militärischen Gleichgewichtsrechnungen, in Waffenzahlen und in Personalstärken definiert werden. Wirtschaftliche Kooperation ist die dritte Säule der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, denn eine immer weiter fortschreitende Verflechtung Europas durch Handel und durch wirtschaftliche Kooperation bildet Vertrauen und stärkt damit die Stabilität.

Deshalb ist es auch ein unerläßlicher Beitrag zur europäischen Sicherheit, wenn wir heute als Bundesrepublik Deutschland und morgen als geeintes Deutschland unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn umfassende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik anbieten. Wir müssen insbesondere bereit sein, ihnen, wenn sie dies wünschen, auf ihrem Reformweg hin zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaat und zu Marktwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Angesichts der Größe und der Bedeutung dieser Aufgabe können wir Deutsche sie selbstverständlich nicht allein schultern; wir brauchen das Zusammenwirken möglichst aller westlichen Partner. Ich habe deshalb alle unsere Partner gebeten, diese Fragen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche in Dublin und auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli ... zu besprechen. Von dort sollte nicht nur ein Signal zur politischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen. Wir Deutsche sind zu einem entsprechenden Beitrag bereit.

Wir sind auch bereit, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion nach der Vereinigung Deutschlands auf eine weiterführende vertragliche Grundlage zu stellen. Nicht zuletzt geht es darum, daß wir für die zukünftige Sicherheitsarchitektur Gesamteuropas feste Fundamente legen. Sie sollen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu bewährten Institutionen, wie beispielsweise der NATO, dienen. Wir wollen gesamteuropäische Institutionen im Rahmen der KSZE schaffen. Hierzu sind von allen Seiten weiterführende Vorschläge eingebracht worden. Es ist jetzt an der Zeit, sie zu bündeln und zu Ergebnissen zu bringen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir befinden uns auf einem guten Weg, um jetzt die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit allen unseren Partnern in West und Ost zu lösen. Ich bin gemeinsam mit allen anderen zuversichtlich, daß wir dies auch zeitgerecht schaffen können. Präsident Gorbatschow hat mir das in diesen Tagen noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Bundesregierung und ich selbst werden keine Zeit versäumen; wir wollen jede Chance zum Erfolg nutzen.

Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbinden sich die Hoffnungen von vielen Menschen und Völkern. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert enthält die Tagesordnung viele Themen, die wir nur in einer umfassenden Anstrengung aller freien Völker angehen können. Gemeinsam müssen wir für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen

Formen geachtet wird.

Die damit verbundenen Aufgaben sind nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit zu lösen. Dazu gehört unverzichtbar die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dazu gehört der Beitrag aller Staaten in Europa, auch der Sowjetunion.

Die Einheit Deutschlands und Europas rückt näher.

Wenn Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, heute dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR sowie der vorliegenden Entschließung über den endgültigen Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen zustimmen, haben wir wieder eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin zurückgelegt.

Vergessen wir niemals: Die Chance, die sich uns in diesen Monaten eröffnet, nimmt uns zugleich in beispielloser Weise in die Pflicht.

Ich rufe Sie, ich rufe uns alle und alle Deutschen dazu auf, daß wir uns dieser historischen Pflicht stellen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/9-12): >>... Eines von Parkinsons neueren Gesetzen lautet: Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerücht, Geschwätz und Gift. Bei dem Tabuthema Vertreibung und Vertreibungsverbrechen bedeutet das nicht nur, daß – wie schon angedeutet – naive Spekulationen wuchern, sondern auch, daß gewisse Legenden des polnischen Nationalismus fast widerstandslos bei uns eindringen können.

... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 über eine "Erklärungen der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen" (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie) ... ist ein anschauliches Beispiel für die Unsterblichkeit gewisser politischer Legenden.

Als Legende Nr. 1 wäre die Westverschiebung Polens zu nennen. Dazu der Abgeordnete Dr. Ehmke von der SPD (Seite 17.152 des Plenarprotokolls): "Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens abgeben. Millionen Menschen, die die Grauen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen überlebt hatten, mußten auf Wanderschaft gehen."

Ähnlich der Abgeordnete Dr. Dregger/CDU (Seite 17.202 des Protokolls): "(Das polnische Volk) mußte die von Hitler und Stalin beschlossene vierte Teilung seines Landes ertragen. Seine Westverschiebung hat es, wenn ich richtig sehe, nicht glücklich gemacht. Diese sog. Westverschiebung bedeutet für uns den Verlust Ost- und Westpreußens, von Danzig, von Teilen Pommerns, von Ostbrandenburg und Schlesien."

Der Kompensationsgedanke hat trotz erheblicher moralischer Bedenken gegen das Prinzip offenbar eine gewisse Faszination. Man betrachtet die Landkarte, vergleicht die Territorien, stellt sich gewaltige Ströme polnischer Ostflüchtlinge vor und die Welt scheint irgendwie in Ordnung zu sein.

So einfach liegen die Dinge allerdings wieder nicht. Daß die ehemals polnischen Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie eine Frucht der großpolnischen Expansionspolitik nach dem Ersten Weltkrieg darstellten und immer mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Trotz der polnischen Siedlungs- und Kolonialpolitik und trotz frasierter Statistiken konnte Warschau in diesen Landesteilen 1939 nur einen polnischen Bevölkerungsanteil von 36 % vorweisen, ein Prozentsatz, der etwa dem der Deutschen in den Abtretungsgebieten des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Nach russischen Schätzungen vom Oktober 1939 - mindestens ebenso frisiert - waren von der Gesamtbevölkerung Ostpolens in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen sogar 10 Millionen Ukrainer bzw. Weißrussen.

Genauere Zahlen lassen sich nur schwer ermitteln. Fest steht, daß in den fünfziger Jahren 1,5 Millionen "Ostpolen" im ganzen polnischen Machtbereich gezählt wurden. Bedenkt man weiter, daß aus Polen selbst nach 1945 518.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, fast 200.000 Juden auswanderten und außerdem rund 1 Million Volksdeutsche aus Polen vertrieben wurden, dann bleibt für Kompensationsgedanken kein Platz mehr.

Die ostpolnischen Vertriebenen und sogar die Umsiedler aus dem Inneren der Sowjetunion usw. hätten in den verlassenen Siedlungen der Minderheiten untergebracht werden können, ohne die polnische Westgrenze auch nur um einen Meter zu verschieben. Die Annexion ostdeutscher Gebiete mit einer Vorkriegsbevölkerung von rund 9 Millionen und die Vertreibung ihrer Bewohner hat mit Kompensation sicher nichts zu tun.

Die sog. polnischen Ostprovinzen sind zwar flächenmäßig um ca. 65 % größer als die Oder-Neiße-Gebiete, aber sehr dünn besiedelt; abgesehen vom südlichen Teil (Galizien) handelt es sich um wenig entwickelte Wald- und Moorlandschaften (Pripjet-Sümpfe). Molotow schätzte ihren Wert auf 3,5 Milliarden Dollar, den Wert der ostdeutschen Länder auf 9,5 Milliarden. Der nordamerikanische Außenminister Byrnes schätzte den letzteren Wert auf 11,3 Milliarden Dollar.

Am Nationaleinkommen gemessen, ergibt sich nach polnischen Schätzungen sogar eine Wertrelation von 3,4 zu 18 Milliarden Zloty.

Die zweite unausrottbare Legende ist die vom Ausrottungskrieg gegen Polen. Dazu Bundeskanzler Kohl (Seite 17.143 des Protokolls): "Dem polnischen Volk hatte er (Hitler) den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden."

Selbst dem historischen Laien wird auf den ersten Blick die Widersprüchlichkeit des Begriffs "Versklavungs- und Ausrottungskrieg" auffallen; denn Ausrotten steht ja wohl im Gegensatz zum Versklaven (einen Toten kann man nicht versklaven). – Der historisch Interessierte wird sich daran erinnern, daß es kein einziges Dokument gibt, das für Polen eine Art "Endlösung der Judenfrage" vorsah. In seinen geheimen Tischgesprächen äußerte Hitler vielmehr wiederholt die Absicht, das östliche Nachbarvolk – wenn auch unter deutscher Vormundschaft und als Nation minderen Ranges – fortbestehen zu lassen.

Unbestritten allerdings sind die hohen Kriegsverluste der Polen, d.h. der polnischen Polen, nicht der polnischen Nationalitäten im polnischen Vielvölkerstaat vor 1939; ihre Schicksale stellen ein Kapitel für sich dar.

Von den polnisch sprechenden Kriegsoptionen starben nach amerikanischen Untersuchungen im deutschen Besatzungsgebiet rund 570.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen und durch Terror, im sowjetisch besetzten Teil ca. 750.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen, durch Terror und vor allem durch Deportationen. Die polnische Seite dagegen spricht bis heute gern von "6 Millionen polnischen Opfern des deutschen Überfalls".

Eine weitere Legende besagt, der Zweite Weltkrieg habe Polen arm gemacht. Es sei daher eine moralische Pflicht der Deutschen, Polen laufend und massiv finanziell zu unterstützen. Besonders in den Diskussionsbeiträgen der Grünen war diese Argumentation mehrfach anzutreffen, z.B. bei Frau A. Vollmer (Seite 17.177 des Protokolls) und Dr. Lippelt (Seite 17.156 und 17.157). Letzterer führte u.a. aus: "Regeln Sie endlich die Individualentschädigung für die während des Krieges zur Zwangsarbeit versklavten polnischen Bürger. ... Denn die Grenze, über die wir hier reden, wird den schlimmen Charakter einer Wohlstandsgrenze haben."

Hier ist anzumerken, daß die deutsch-polnische Grenze immer (eine) Wohlstandsgrenze war und, wenn kein Wunder geschieht, auch bleiben wird. Schon 1921 bemerkte der weltberühmte Nationalökonom John Maynard Keynes, ein Mann der es wissen mußte, Polen besitze "kein Gewerbe außer Judenhetze".

Auch der Erwerb riesiger Teile der Ukraine, Weißrußlands und des wirtschaftlich wertvollsten Teils des oberschlesischen Industriegebiets nach dem Ersten Weltkrieg brachte keine Veränderung, und die Annexion eines Viertels des deutschen Staatsgebiets unter totaler Ausraubung seiner Bewohner hat nach 1945 nicht zu einem Aufblühen Polens, sondern nur zu einer beispiellosen Architektur-, Kultur- und Landschaftszerstörung in Ostdeutschland geführt; nach Expertenmeinung erreicht Polen heute in Oberschlesien den Europarekord der Umweltschädigung.

Kein Grund zur Besorgnis für Lech Walesa: In einem Interview mit dem Figaro-Magazin meinte der Volkstribun, man müsse das Beste aus Kapitalismus und Sozialismus miteinander verbinden. "Der Kapitalismus ist leistungsstark und im Sozialismus braucht man nicht viel zu arbeiten, und das muß man beibehalten."

Wie das gehe? "Mit Computern ist das zu schaffen!"

Dazu Johannes Gross sarkastisch im FAZ-Magazin: "Nicht unsympathisch die Devise: Faulheit, Freiheit, Frömmigkeit."

Obwohl man sich östlich von Oder und Neiße die Früchte von 800 Jahren fleißiger Arbeit unzähliger Millionen Menschen angeeignet hat, will man in Warschau nicht nur den Raub entschädigungslos behalten, sondern fordert noch einen Nachschlag: Die Entschädigung für die Zwangsarbeit einer Million polnischer "Fremdarbeiter" innerhalb einer Zeitspanne von annähernd fünf Jahren, für den Zeitverlust polnischer Kriegsgefangener (sie wurden übrigens nach der Genfer Konvention behandelt), für Invaliden etc. sollte nicht weniger als 537 Milliarden Mark betragen, wie am 5. März 1990 der Presse zu entnehmen war. Wohlgemerkt: nicht Millionen, sondern Milliarden und nicht als Verrechnungsposten mit deutschen Entschädigungsforderungen, sondern als Zugabe.

Die letzte und vielleicht erschreckendste Legende, die man im Bundestag am 21. Juni hören konnte, war die von der Kollektivschuld. Während der bereits zitierte Abgeordnete Lippelt (Die Grünen) die Oder-Neiße-Anerkennung "aus Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" forderte (Seite 17.155 des Protokolls), konstatierte Bundesminister Genscher, Ostdeutschland sei "verloren (worden) durch einen verbrecherischen Krieg und ein verbrecherisches System" (Seite 17.158).

Beim Studium der Geschichte wundert man sich oft, wie leicht allgemein verbreitete Wahnvorstellungen rein mit dem gesunden Menschenverstand zu durchschauen gewesen wären ... und nicht durchschaut wurden.

Beim Hexenwahn hätte die Frage genügt, welche Frau auf die Folter NICHT gestehen würde, ein Hexe zu sein, und bei der Kollektivschuld genügte z.B. die Frage, wieviele Russen man nach dieser Logik denn töten oder vertreiben müsse, um das verbrecherische Sowjetsystem angemessen zu sühnen?

Die Schätzungen über die Morde des Sowjetsystems schwanken zwischen 49 und 66 Millionen, und darüber hinaus haben "die Russen" – um in der Kollektivschuld-Diktion zu bleiben – während des 2. Weltkriegs fast alle Nachbarländer überfallen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Persien, den asiatischen Kleinstaat Tannu-Tuwa, Japan und in unseren Tagen Afghanistan. Ein schlauer Nazi könnte den Ball sogar zurückspielen und für Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion auch "Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" verlangen.

Man müßte hier außerdem auf die verständliche Sorge in deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen verweisen, weil nun der Eindruck entsteht, Völkervertreibung und Völkermord seien unter gewissen Umständen legitim.

Aufschlußreich wäre auch eine Untersuchung über die Parallelen zwischen Deutschenhaß und altchristlichem Antisemitismus (Kollektivschuld der Juden am Gottesmord). Um den Rahmen dieser Abhandlung nicht zu sprengen muß ein kurzes historisches Stichwort genügen.

Und zwar sollen einige Originaldokumente zum Vorwurf der Kriegsschuld des ganzen Volkes für sich sprechen. Der Schweizer Diplomat Carl J. Burckhardt z.B. war als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert. In seinem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland:

"Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisition einsetzte. ... Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind."

Der amerikanische Diplomat Kennan, damals Mitglied der US-Botschaft in Berlin und nicht sonderlich deutschfreundlich, berichtet:

"Die Berliner selbst – ich meine die einfachen Leute – waren von allen Bevölkerungsteilen in Stadt und Land am wenigsten vom Nazismus angesteckt. Sie grüßten einander nach wie vor mit "Guten Morgen" anstatt mit dem obligatorischen 'Heil Hitler'. Sie zeigten auch keine besondere Kriegsbegeisterung.

Ich kann bezeugen (weil ich an jenem Tage mitten unter ihnen in einer großen Menschenmenge auf dem Pariser Platz vor unserer Botschaft stand), daß sie die Siegesparade anlässlich der Beendigung des Polenfeldzuges mit zurückhaltendem, mürrischen Schweigen an sich vorüberziehen ließen. Trotz heftigsten Bemühens gelang es den berufsmäßigen Nazi-Agitatoren nicht, ihnen Zeichen des Hochgefühls oder der Zustimmung zu entlocken. Die Nachricht von der Einnahme von Paris (Juni 1940) wurde mit derselben Reserve und demselben undurchdringlichen Schweigen aufgenommen."

Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zu diesem Thema. Als zum Beispiel 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, notierten die SD-Spitzel: "In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Straßen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. ... Auch in der Berliner Universität wurde am Schluß einer großen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlaßte die Studenten zu Begeisterungskundgebungen.

Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge."

Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:

"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."

Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"

Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<

Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung

über die deutsch-polnische Grenze zu.

Der deutsche Moralthologe Franz Scholz (1909-1998) berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**

Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtsschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?

Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.

Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen. Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zuzingen, spricht abgründige Trauer, manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge.

Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen, "heiliger" (= tabu) sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschehnisse Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner. Hinzu kommt ein wegweisender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße (meist = Geld der Deutschen) für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert.

2. Was bei alledem schockiert, ist die Entleerung des ethischen Rechtsgedankens, und zwar in Ost und West, ja selbst im Raum der Kirche. Dem Prozeß der Entethisierung des Rechts, die es zu einem rein pragmatischen Regelungs-Formalismus aushöhlt, korrespondiert die Ideologisierung und Politisierung des Rechts. Es wird zur abhängigen Variablen von Mehrheitsmeinungen und jeweiligem Minimalkonsens. Es ist nicht mehr unabhängige Säule. Es verkommt zum bloßen Positivismus.

Damit wird seine vorstaatliche substantielle Gegebenheit und insofern Unantastbarkeit, Nichtverfügbarkeit und Würde verloren und verdorben. Der eigentliche Quellgrund seiner Verpflichtung, seine ethische, allseits und immer fordernde Bindung und Gültigkeit ist bewußt ausgeschaltet. Die Trennung von Recht und Moral verletzt und zerstört schließlich beide. ...

4. Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Dramatik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland (seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht), das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung (etwa 2 Millionen Tote) erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?

Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens (und der UdSSR) sowie derjenigen (auch bei uns), die diese Interessen (aus unterschiedlichen o.a. Motiven) mit-vertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.

Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel "Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.

Sieht man nicht, wie unglaublich und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" (Pius XII.) mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?

Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst Konzelebrationen (gemeinsame liturgische Feiern), Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<

Die deutsche Studiendirektorin Margarethe Kuppe (1917-2004) berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 über den "Deutschen Osten" (x853/...): >>... **Deutscher Osten - 800 Jahre deutsches Land**

Es scheint geboten, um das ganze Gewicht dieser Frage der Oder-Neiße-Linie - in menschlicher, historischer und politischer Hinsicht - bewußt zu machen, erneut an einige wichtige Fakten zu erinnern:

Es ist hier von dem Jahr 1916 auszugehen, als von Deutschland und Österreich, noch während des Krieges mit Rußland, ein selbständiger Staat Polen gegründet wurde. Seit dem Wiener Kongreß von 1815 bestand zwar ein Staat Polen, doch er war mit Rußland vereint. Dieser Staat hatte während des Krieges noch keine festen Grenzen.

- Der Völkerbund ließ nach dem Ende des Krieges (1918) durch Lord Curzon die Volkstums-grenze Polens im Osten feststellen. Man untersuchte, bis zu welchem Bereich die Mehrheit der Bevölkerung als Muttersprache Polnisch sprach; die so benannte "Curzon-Linie" wurde am 8.12.1919 festgelegt. Während des Bürgerkrieges in Rußland und der Abwehr der Roten Armee vor Warschau ging Polen mit militärischer Gewalt über jene Curzon-Linie weit hinaus. Jene Gebiete, die dann im Hitler-Stalin-Pakt wieder an Rußland zurückfielen, waren von 12 Millionen Menschen, jedoch nur von 3 Millionen Polen bewohnt.

Sie alle wären jedoch während der Bolschewisierung Rußlands gerne bei Polen geblieben. Als nun 1945 die Herrschaft Rußlands in diese Gebiete zurückkehrte, wanderten 1 1/2 Millionen Polen nach Polen aus. Mit diesen Umständen wurde die "Westverschiebung" Polens begründet, als deren Folge aus dem deutschen Osten 12 Millionen Deutsche vertrieben wurden, von denen 3 Millionen grausam zugrunde gingen.

- Nach dem Ersten Weltkrieg (Versailles) gewann Polen rd. 60.000 qkm Gebiete des Deutschen Reiches: Ost-Oberschlesien - entgegen dem eindeutigen Votum der Volksabstimmung - , fast die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen. Der Rest wurde in der Grenzmark Posen-Westpreußen zusammengefaßt. Gleichzeitig entstand der "Korridor" mit der Lostrennung Ostpreußens. Es entstand auch die "Freie Stadt Danzig". Auch hier liegen Ursachen für den Beginn des Zweiten Weltkrieges, wie überhaupt für die nationalistische Virulenz (Ansteckungsfähigkeit) der nationalsozialistischen Bewegung.

- Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete die "Westverschiebung" Polens bis an die Oder und Neiße mit der Vertreibung der Deutschen den Gewinn von weiterhin 101.000 qkm deutschen Landes: Schlesien, Ost-Brandenburg, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern und Süd-Ostpreußen, dessen Norden mit Königsberg an Rußland fiel (13.000 qkm). So ist das heutige Staatsgebiet von Polen mit 312.000 qkm zur größeren Hälfte, nämlich 160.000 qkm, "gewonnenes" deutsches Land.

Das Bewußtsein, daß sich dieses einst blühende deutsche Land im Zustand äußerster Verrottung befindet, kommt als besondere seelische Last für die Ostdeutschen noch dazu. Es muß auch noch erwähnt werden, daß Polen im Bereich der Oder-Mündung, westlich der Oder, sich

mit Stettin ein Gebiet angeeignet hat, das etwa die Größe Luxemburgs besitzt.

Abschließend seien noch einige historische Fakten erwähnt:

Während die Sudetendeutschen schon seit etwa 950 von den Herzögen von Böhmen, den Przemysliden – Herzog Boleslaw von Böhmen kämpfte unter Otto dem Großen 955 in der Ungarn-Schlacht bei Augsburg auf dem Lechfeld mit - zur Urbarmachung der Hänge der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes nach Böhmen gerufen wurden, galt das für die Gebiete des Deutschen Ostens erst später.

So wurde Brandenburg 1034 an Albrecht den Bären aus dem Hause der Askanier von Kaiser Lothar von Supplinburg zu Lehen gegeben. 1163 nahm Boleslaw der Lange aus dem Hause der Piasten Schlesien von Barbarossa zu Lehen, das Gleiche taten 1187 die Greifen als Herzöge von Pommern.

1226 übergab auf Wunsch des Herzogs Konrad von Masowien Friedrich II., der Enkel Barbarossas, das Gebiet von Thorn und Weichsel abwärts bis zur Ostseeküste und von da nach Norden, das Gebiet der "heidnischen" und kriegerischen Pruzzen, Hermann von Salza als Hochmeister des deutschen Ritterordens zu Lehen, um die Pruzzen zu bekehren und ansässig d.h. zu Bauern zu machen. In der Folge wurde das gesamte Gebiet des Deutschen Ritterordens, das zeitweise bis an den Finnischen Meerbusen reichte, Reichsgebiet.

Ostpreußen zwischen Weichsel und Memel blieb schließlich übrig, das von 1466 bis 1660 polnisches Kronlehen war. Im Frieden von Oliva wurde Ostpreußen mit Brandenburg als nicht mehr von Polen abhängiges Kronlehen vereint. Die deutschen Bewohner des Landes wurden zwischen 1466 und 1660 natürlich nicht "umgesiedelt".

Westpreußen mit dem vom Deutschen Orden urbar gemachten Kulmerland kam durch die Polnischen Teilung 1772 und 1793 an Preußen. Während die Gebiete, die Preußen aus der Dritten Polnischen Teilung 1795 erhielt, im Wiener Kongreß 1815 an Polen zurückfielen, blieben die Provinzen Westpreußen und Posen bis 1918 mit Preußen vereint, während der 1815 als Königreich wiedergegründete polnische Staat - sicher gegen den Willen der Polen – in der Weise mit Rußland vereint wurde, daß der Zar von Rußland in Personalunion zugleich König von Polen war. Dieser Zustand blieb bis 1830, der ersten polnischen Revolution, erhalten.

Nach der Niederschlagung dieser Revolution durch Rußland wurde Polen zur russischen Provinz degradiert, bis es 1916, im Ersten Weltkrieg, noch ohne festgelegte Grenzen von Deutschland neu errichtet wurde. Die widernatürlichen Grenzen Polens als Folge des Ersten Weltkrieges (Diktat von Versailles) blieben erhalten bis 1939, als Hitler mit dem Krieg gegen Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste. Bis 1945 bestand das besiegte Polen als Generalgouvernement Warschau. ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1990 (x853/...): >>**Diktat- oder Verständigungsfrieden?**

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schreibt: "Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner nach einem siegreichen Krieg zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selbst erwartete" (Peloponnesischer Krieg).

Diese Weisheit scheint heute vergessen. Dabei sollte doch Versailles daran erinnern, daß Friedensdiktate, die einem Volk seine Würde rauben und ihm unerträgliche Bedingungen auferlegen, Unversöhnlichkeit und Haß säen. Man spricht von einer polnischen Westgrenze, als ginge diese nicht mitten durch deutsches Land. Kein Pole würde auch nur auf einen Quadratmeter polnischen Heimatbodens verzichten.

Und das deutsche Volk sollte sich tatsächlich auf Dauer damit abfinden, nahezu ein Drittel

unseres Territoriums preiszugeben? Der Bund der Vertriebenen hat bereits 1950 jeglicher Gewalt, Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt. Er fordert aber "Frieden durch freie Abstimmung". Es geht ihm um einen gerechten Ausgleich, der dem deutschen wie dem polnischen Volk eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem freiheitlichen Europa sichert.

Wenn selbst Versailles in mehreren Fällen Abstimmungen der betroffenen Bevölkerung vorsah, erscheint im Zeichen eines geeinten Europa die Forderung nach einer freien Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße vernünftiger und gerechter als der "freiwillige" Verzicht eines Großteils von Deutschland in den Grenzen von 1937.

Nach den Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen sollten die Betroffenen in den deutschen Ostgebieten darüber abstimmen, ob diese Gebiete künftig zu Deutschland, zu Polen bzw. der Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen.

Auf jeden Fall müsse allen Volksgruppen eine umfassende Selbstverwaltung und allen Menschen das Recht auf die Heimat gewährleistet werden. Nie wieder dürfe es Unterdrückung und Vertreibung geben. Wenn die Menschen in den deutschen Ostgebieten in gesicherter Freiheit leben sollen, könne dies nur durch einen gerechten Interessenausgleich, die Überwindung der Unrechtsfolgen und einen völkerverbindenden Wiederaufbau geschehen. Die Politiker, die so großzügig nahezu ein Drittel urdeutschen Landes abtreten wollen, sollten sich den deutsch-französischen Friedensvertrag von 1871 vor Augen halten. Die einschlägigen Passagen lauten folgendermaßen:

Artikel I, Absatz 1: "Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze gelegen sind."

Artikel I, Absatz 3, Satz 1: "Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollen Souveränitäts- und Eigentumsrechten besitzen" (Reichsgesetzblatt 1871, S. 215). Frankreich mußte nur ein Dreißigstel seines Gebietes mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung abtreten, das dazu jahrhundertlang zu Deutschland gehört hatte. Doch schon nach 2 Jahren setzte eine hemmungslose Revanchepolitik ein. Sollten wir aus der Geschichte nichts gelernt haben?<<

Bei den "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" in Paris einigte man sich am 17. Juli 1990 auf die Beteiligung des polnischen Außenministers und bestätigte die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

Am 22. Juli 1990 beschloß die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft trat. Dadurch entstanden die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Die Bezirkstage und Räte der Bezirke wurden bereits ab August 1990 aufgelöst und in die neuen Landesbehörden integriert. Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bildeten im Wesentlichen das Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus wurde das Land Brandenburg, die Bezirke Magdeburg und Halle gingen im Land Sachsen-Anhalt auf. Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurden zum Freistaat Thüringen und aus den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Bezirk Chemnitz) wurde der Freistaat Sachsen gebildet.

Einige Kreise und Gemeinden wechselten in den folgenden Jahren in andere Bundesländer. Die neuen Landesgrenzen waren weder mit den alten Bezirksgrenzen noch mit den Landesgrenzen von 1952 identisch.

Irakische Truppen marschierten am 2. August 1990 in das benachbarte Emirat Kuwait ein, um die großen Ölfelder zu annektieren.

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Bundesaußenminister Genscher gab am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...

Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.

Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. Der von Hitler begonnene Krieg setzte ganz Europa in Flammen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu unserer Verantwortung bekannt.

Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird. ...

Die abschließende Regelung ist ein Dokument des Friedenswillens aller Beteiligten. Es weist in eine bessere europäische Zukunft.

Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge.

Es vollendet sich, was in der Präambel unseres Grundgesetzes verankert wurde. Es wird verwirklicht, was Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland im Deutschlandvertrag von 1954 zugesagt haben. ...

Wir sind uns bewußt, daß erst die Festlegung wesentlicher Elemente einer europäischen Friedensordnung den Interessenausgleich ermöglicht hat, der in der abschließenden Regelung zum Ausdruck kommt. Im Bewußtsein der Chance, jetzt die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden, ist es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen, innerhalb weniger Monate die Voraussetzungen für einen Rahmen neuer Stabilität in Europa zu schaffen. ...

Wir Deutschen wollen mit der wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden dienen, und wir wollen zur Einigung Europas beitragen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Auch der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekundet unseren Willen, "durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten". ...

Jetzt gilt es für uns alle, den Aufbau der europäischen Friedensordnung entschlossen fortzusetzen.

Wir Deutschen werden zur Schaffung der politischen Union der 12 Staaten der EG beitragen. Ganz Deutschland wird eingebettet sein in die Europäische Gemeinschaft. Sie erweist sich in dieser hoffnungsvollen Phase der Entwicklung Europas als der verlässliche Garant für die innere und äußere Stabilität ihrer Mitglieder und als Stabilitätsanker für ganz Europa. ...

Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen, und zwar innerhalb der kürzest möglichen Zeit nach Herstellung der deutschen Einheit. ...

Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu

Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit. Er verpflichtet uns, unsere Verantwortung zu erkennen für die großen Herausforderungen unserer Zeit, für die Wahrung des Friedens, für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit überall und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden. Unsere Botschaft an die Welt ist:

Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<

Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit:

In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier - der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA – ihre Unterschriften unter den

"Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland".

Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.

Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele wieder:

- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;

- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.

Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.

Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen. ...

Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.

In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgerichtete Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.

Bundesminister Genscher wird den

Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit paraphieren.

Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.

Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.

... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen. ...

Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um

- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.

Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai.

1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte *debellatio* vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß *debellatio* Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.

Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.

Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.

Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.

5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.

Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.

6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.

Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswidrig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.

7. Die Völkerrechtsslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtsslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.

8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtsslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1.

dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.

Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.

Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.

9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.

Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.

10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.

Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.

Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.

II

1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.

2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.

Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.

3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.

Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.

Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.

Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.

In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.

In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.

5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.

Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.

Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:

6. 6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 annektiert worden. Hierin ist der litauisch annektierte Teil eingeschlossen.

Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.

Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietserwerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.

Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).

7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.

Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.

Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebietserwerb auf Dauer.

8. 8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.

Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.

Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.

9. 9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.

So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:

a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund' für das ständige Inbesitznehmen fremden Staatsgebietes,

b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,

c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,

d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.

10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden.

Eine solche Annexion soll durch den Grenzenerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen. Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit Verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich Verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich Verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.

Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teildentisch ist.

a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.

Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.

b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.

c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden. Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich Verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.

15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenz-
anerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.

Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.

Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.

a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht Verfügungsberechtigt ist.

b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch Verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.

16. 16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souveränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.

17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschließen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.

Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.

18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsachen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.

Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden, wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der "normativen Kraft des Faktischen".

19. 19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990 schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzich-

tet.

Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals Verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wurde.

Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.

20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.

Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.

III

1. 1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:

a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehende Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten.

Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.

b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.

c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.

2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.

3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier

geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.

Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.

Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.

4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.

5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde. Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

M. Spanehl berichtete später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/...): >>Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität

Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.

Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.

Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht umkehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?

Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodellieren wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.

Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates ... zu begreifen. Das Festhalten ... an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck ... dieser Grundentscheidung ... Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot ... auch ein Währungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde ... Aus dem

Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."

Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.

Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG

"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."

Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Weiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Weiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):

"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".

Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:

"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".

Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.

Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.

Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.

Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Weiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.

Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler **Hoymar von Ditfurth** weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, "Geo", Mai 1982), die Milieuthese, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, **genetisch vorprogrammiert**.

Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:

... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr ... Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Ein-

sicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man ... versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als **Faschisten**). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.

Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren

negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.

Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.

Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".

Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.

Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.

Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

Die Amerikanisierung unseres Lebens

Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage

und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.

Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.

Das Zerstörungswerk geht weiter

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.

Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.

Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.

Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.

Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:

Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: "**Die Auflösung der Familie** ... die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg ... Wir heben die trauesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen ... Die Arbeiter haben kein Vaterland ... Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".

Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".

Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".

Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.

Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind un-

sere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.

Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.

Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimpportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteleuropa mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.

Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft**, schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß **Lenin** seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchfahren konnte.

Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):

"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.

Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden ... Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten **Europäischen Union**, die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.

E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): "**Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.

Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.

Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.

Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Gesellungsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.

Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.

So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Voraussetzung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.

Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.

Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet.

BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal

Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Berliner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmal. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.

"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."

Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. ...

Eine Sünde gibt es auf Erden, uralte schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu. (Grabinschrift im Dithmarschen) ...<<

Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärte am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.

In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.

Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.

An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.

Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.

Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.

Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.

Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<

Die Deutsche Demokratische Republik trat am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!!).

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Da die "neuen Länder" erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten,

denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober 1990 noch nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 nicht mehr.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, da damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 hieß es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wiener Übereinkommens völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb wurde die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.



Abb. 86 (x175/835): Wiedervereinigungsfeier vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am 3. Oktober 1990

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmit-

gliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.

Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über das Ende der DDR (x283/-251): >>... Am 3. Oktober 1990 war es mit dem SED-Staat vorbei. War er ein Irrweg der Geschichte?

Der Eindruck liegt nahe, so wie das Dritte Reich uns als Irrweg erscheint. Aber Weimar? Und das Bismarckreich? Und der Deutsche Bund? Eine Sackgasse nach der anderen! Nicht anders das Heilige Römische Reich deutscher Nation oder die Fürstentümer des Absolutismus, ja schon das Imperium der Staufer, der Ottonen, das Reich Karls des Großen – nichts hatte Bestand.

Wir spotten über die Phrase von Tausendjährigem Reich und sitzen im Glashaus. Denn wer würde genau diese Dauer unserer Bundesrepublik nicht zutrauen oder wenigstens wünschen? Das Imperium Romanum hat sie erreicht. ...<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über die völkerrechtlichen Auswirkungen des Einigungsvertrages (x849/...): >>... Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde die Zahlung der "Schattenquote" aktuell. Schien es lange Zeit so, daß die Zinsrückstände für deutsche Auslandsanleihen in den 30er Jahren nie zur Zahlung kämen, so änderte sich das mit dem 3. Oktober 1990.

Wer angenommen hatte, die Sache mit den noch offenen Zinszahlungen für 1945-1952 sei vergessen und hinfällig, wurde eines Besseren belehrt und darf sich gegebenenfalls freuen. Unbeglichene Geldverbindlichkeiten werden in dieser Gesellschaft weder vergessen noch hinfällig.

Es ist eigentlich unerheblich, wäre aber ganz interessant zu wissen, wer die noch nicht gezahlten Zinsen für die deutschen Auslandsschulden aus dem Schattendasein herausgeholt hat, ob ungeduldige Gläubiger oder beflissene Finanzbeamte.

Im Einigungsvertrag von 1990 steht nichts über die mit dem Beitritt der DDR zur BRD aktuell werdende Angelegenheit. Eine im Einigungsvertrag fixierte Schuldenregelung betrifft nur die "aufgelaufene Gesamtverschuldung des Republikhaushalts der Deutschen Demokratischen Republik" (Artikel 23). Allerdings bestimmt Artikel 11 des Einigungsvertrages, "daß völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei angehört ... ihre Gültigkeit behalten und die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen sich ... auch auf das in Artikel 3 genannte Gebiet (die DDR - M. O.) beziehen".

Nun werden auch die Ostdeutschen zur Kasse gebeten, rückständige Zinsen für Auslandsschulden des Deutschen Reiches zu zahlen. Bereits im Oktober 1990 gab es erste bankeninterne Bekanntmachungen über die bevorstehende Ausgabe von Schuldverschreibungen des Bundes auf die "Schattenquote". Bei den Londoner Verhandlungen war entschieden worden, solche Schuldscheine an die Gläubiger nicht schon damals oder zu einem anderen festen Termin auszugeben, sondern eben zu dem sehr unbestimmten Zeitpunkt einer "Wiedervereini-

gung" Deutschlands. Jetzt war es soweit. ...

Im August 1991 veröffentlichte dann der Bundesanzeiger eine ausführliche Bekanntmachung über die Ausgabe von "Drei-Prozent-Fundierungsschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland für Zinsrückstände aus Auslandsschulden des Deutschen Reichs nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 ('Schattenquoten')".

Zu bedienen seien Zinsrückstände der Jahre 1945 bis 1952 aus folgenden Anleihen: Deutsche Äußere Anleihe von 1924 (Dawes-Anleihe), Internationale Anleihe des Deutschen Reichs von 1930 (Young-Anleihe) und Deutsche Äußere Anleihe von 1930 (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe). Ohne besondere Verhandlungen werde der Bund auch die von 1937 bis 1951 bzw. 1952 aufgelaufenen Zinsrückstände aus Äußeren Anleihen des Freistaates Preußen von 1926 und 1927 bedienen.

Die Schuldverschreibungen würden mit drei Prozent jährlich ab 3. Oktober 1990 verzinst, bei halbjährlicher Zinszahlung (jeweils zum 3. April und 3. Oktober). Die Laufzeit wurde auf 20 Jahre, die Endfälligkeit entsprechend auf den 3. Oktober 2010 festgesetzt. Die Tilgung sollte durch Ankauf (Rückkauf) oder auf dem Wege der Auslosung ab 1995 in gleichbleibenden Jahresraten von 2,5 Prozent (Dawes- und Preußen-Anleihen) bzw. 1,25 Prozent (die Anleihen von 1930) erfolgen.

Die Schuldverschreibungen erhielten Börsenzulassung und andere Wertpapiereigenschaften und wurden ins Bundesschuldbuch eingetragen. Sie konnten in DM, Pfund Sterling, Schweizer Franken, Schwedenkronen, US-Dollar, belgischen oder französischen Francs sowie in holländischen Gulden ausgestellt werden.

Die Schuldverschreibungen wurden von der Bundesbank ausgegeben an die Inhaber von Bezugs- bzw. Zinsscheinen der betreffenden Anleihen. Diese Scheine waren einzureichen. Die Ansprüche konnten auch in den ursprünglichen Emissionsländern der Anleihen geltend gemacht werden. In den wenigsten Fällen dürften die heutigen Besitzer dieser Schuldscheine frühere Anleihezeichner oder deren Nachkommen sein.

Höchstwahrscheinlich sind die meisten Anleihepapiere von den ursprünglichen Gläubigern schon vor langer Zeit als vermeintlich wertlos abgestoßen worden. Mit den Schuldverschreibungen von 1990 aber brachten sie nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik noch eine beachtliche Rendite und stehen, soweit nicht schon getilgt, jetzt mit der letzten Zinsrate zur Auszahlung. Etwa 70,5 Millionen Euro sind dafür im Bundeshaushalt 2010 eingestellt.

Fazit: Seit 1990 sind auch alle Steuerzahler in den ostdeutschen Bundesländern dazu herangezogen, alte Reichs- und Preußen-Auslandsschulden zu begleichen. Natürlich sind damit sogar die von Hartz IV Betroffenen beteiligt.

So ist es eben: "Wir sind ein Volk." ...<<

Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schrieb später über den Staat Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>**Die BRD ist kein Staat**

Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt".

Das Grundgesetz

Das "Bonner Grundgesetz", wie es ursprünglich genannt wurde, wurde auf Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte vom mit überwiegend ausgezeichneten Fachleuten besetzten "Parlamentarischen Rat" erstellt und am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet. Es wurde im Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen. Bayern lehnte es ab, akzeptierte jedoch seine Verbindlichkeit durch die Annahme der übrigen westdeutschen Bundesländer. Diese verfassungsähnliche Satzung, die ausdrücklich als Provisorium gedacht war, mußte

a) die für sie verbindlichen Vorstellungen der drei westlichen Besatzungsmächte berücksichtigen (vergleiche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 III ...), gleichwohl

- b) die Formulierung eines modernen Verfassungstextes anbieten und hierbei
- c) vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufigkeit die unterdrückte Abstimmung durch das Volk übermänteln und nicht zuletzt
- d) den - nicht kompetenten - Ländern die Annahme hauptsächlich durch den Hinweis auf das Provisorium schmackhaft machen, das ja einer **späteren Volksabstimmung** unterliegen würde.

Zeitzeugen können das Ränkespiel bestätigen

Ich als Zeitzeuge kann das Ränkespiel mit dem wesentlichen Hinweis auf den Übergangscharakter bestätigen. Die Ländergremien (Landtage, Bürgerschaften in Bremen und Hamburg, sowie das Abgeordnetenhaus in West-Berlin) waren sicherlich nicht ermächtigt, von sich aus über eine "BRD-Quasi-Verfassung" zu bestimmen.

Beispiele: Die Verfassung des damaligen Landes Baden vom 19. Mai 1947, die durch Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde (Art. 130 II), beschreibt Baden als "ein Glied der Gemeinschaft der deutschen Länder" (Art. 50 I), also als Teil eines Staatenbundes, und macht die "Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder" von einem verfassungsändernden Gesetz abhängig (Art. 52), und Art. 51 bestimmt, daß das Volk seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund gibt.

Die Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. November 1946 bezeichnet das Land als "ein Glied der Deutschen Republik" (Art. 43) und spricht in Art. 105 die "künftige deutsche Verfassung" an. Dieser Landesverfassung hat das Volk durch Volksabstimmung am 24. November 1946 zugestimmt (Art. 108 I).

Die Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 20. Mai 1947 beschreibt in Art. 1 das Land als "ein Glied der deutschen Bundesrepublik", die es damals noch gar nicht gab. Volksabstimmungen finden über Annahme oder Ablehnung oder über Änderungen der Verfassung statt (Art. 23), also auch über die Abgabe von Hoheitsrechten an einem Zusammenschluß von deutschen Ländern (Art. 125).

Auch die Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 hat gemäß seiner Präambel das Staatsziel, ein neues demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen, erwähnt in Art. 141 die künftige Deutsche Verfassung und erklärt in Art. 144 I die Landesverfassung mit der Annahme durch das Volk als verbindlich. Zuvor wird in Art. 74 Rheinland-Pfalz als demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands festgestellt.

Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 wird vom Geist der weitgehenden Eigenständigkeit des Landes getragen.

Bayern will beitreten

Gleichwohl will es einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist, beitreten und dem so gebildeten deutschen Bundesstaat die unumgänglich notwendigen Hoheitsrechte abtreten (Art. 178, 180).

Die Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946 bezeichnet ebenfalls in der Präambel Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik und ermächtigt in Art. 152 die Landesregierung, bis zur Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft für die deutsche Republik, mit anderen deutschen Regierungen zwecks Vereinheitlichung des Rechts mit anderen deutschen Regierungen Vereinbarungen zu treffen, die der endgültigen gesamtdeutschen Einheit kein Hindernis bereiten dürfen.

Die Zuständigkeiten zwischen der Deutschen Republik und Hessen sind von einer deutschen Nationalversammlung, die vom ganzen deutschen Volk zu wählen ist, verfassungsmäßig abzugrenzen (Art. 153).

Die Landesverfassung trat durch die Annahme durch das Volk in Kraft.

Die Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin vom 4. September 1946 weist in Art. 36 darauf hin, daß die Selbstverwaltung Berlins der Alliierten Kommandantur und in Sektoren der Mili-

tärregierung des betreffenden Sektors unterstehe. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die von der Stadtverordnetenversammlung sowie Verordnungen und Anweisungen, vom Magistrat angenommen bzw. erlassen würden, müßten im Einklang mit den Gesetzen und Anordnungen der Alliierten Mächte in Deutschland und der Alliierten Kommandantur Berlin stehen und von der letzteren genehmigt werden. Verfassungsänderungen u.a. könnten nur mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin vorgenommen werden. Die Bezirksverwaltung unterstehe in ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Militärregierung des betreffenden Sektors.

In der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 12. Oktober 1947 wird der Stadtstaat als ein Glied der deutschen Republik bezeichnet (Art. 64). Die Bestimmung des Art. 150 "gilt" (nur) bis zum Inkrafttreten einer Verfassung der deutschen Republik. Der Senat wird ermächtigt, mit Zustimmung der Bürgerschaft für eine Übergangszeit, solange keine deutsche Zentralregierung vorhanden ist, an zonale oder überzonale Organisationen bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen. In Art. 152 wird die künftige deutsche Verfassung erwähnt und in Art. 155 bestimmt, daß die Landesverfassung durch Volksentscheid Gültigkeit erlangt.

Die Vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946 nebst 1. und 2. Änderungsgesetz vom 8. Oktober und 7. Dezember 1946 bezeichnet in Art. 1 die Hansestadt als ein deutsches Land.

Keine eindeutige Bevollmächtigung

Aus diesen Hinweisen dürfte mit genügender Deutlichkeit hervorgehen, daß von einer eindeutigen, wirksamen Bevollmächtigung der Landesparlamente zur Annahme oder Ablehnung einer Bundesverfassung, also einer der wichtigsten staatsrechtlichen Elemente, kaum die Rede sein kann.

Die damalige Verfassungs-Situation der DDR (Deutsche Demokratische Republik) und der deutschen Länder in der sowjetischen Besatzungszone wurden hier nicht abgehandelt.

Letztere sind abgedruckt bei Wegener, W.: "Die neuen deutschen Verfassungen", West-Verlag Essen-Kettwig, 1947. Nach der DDR-Verfassung vom 6. April 1968 hat sich gemäß ihrer Präambel das Volk der DDR diese sozialistische Verfassung gegeben, die, wie aus ihrem letzten Textabschnitt hervorgeht, durch Volksentscheid beschlossen wurde. **Konnte sie gleichwohl durch bloße Parlaments-Beschlüsse geändert oder beseitigt werden?**

Die **Vorläufigkeit** des Bonner Grundgesetzes geht aus der ursprünglichen Fassung der vom "Parlamentarischen Rat" verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Dieses ehrene Gebot hätte spätestens bei der Wiedervereinigung erfüllt werden müssen, indem eine neue Bundesverfassung der unmittelbaren Abstimmung durch das Volk zugeführt würde.

Das ist nicht geschehen!!

Vielmehr hat der Bundestag, ohne die Wähler überhaupt zu befragen, mit ziemlicher Dreistigkeit selbst die Präambel geändert und behauptet, die Deutschen in den nunmehr gesamten Bundesländern hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet"; **damit gelte dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.**

Und geradezu skrupellos fand auch eine Änderung des Art. 146 statt, wonach dieses Grundgesetz nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk gelte. Aber gleichwohl bleibt die elementare Feststellung gültig: Das Grundgesetz "verliert seine Gültig-

keit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".

Eine solche Volksentscheidung ist bisher vorenthalten worden.

Entscheidung nur unmittelbar durch das Volk

Die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes kann nur unmittelbar durch das Volk bestimmt werden. Das geht aus Art. 20 II hervor.

Danach geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Sie wird (vornehmlich) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und (untergeordneter, zweitrangiger Weise) durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Nun wurde auch hier mit formaljuristischen Winkelzügen "ausgelegt", daß der Text "in Wahlen und Abstimmungen" nur für den Begriff Wahlen gilt. Abstimmungen könnten nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) stattfinden. Demgegenüber ist klarzustellen, daß ein Verfassungstext eindeutig sein muß, daß er für jedermann verständlich und in keiner Weise "auslegungsfähig" ist. Sonst gilt im Zweifel das, was dem Volk selbst zum Besten gereicht.

Und hätten die Väter des Grundgesetzes tatsächlich den Begriff der Abstimmungen nur auf die Neugliederung des Bundesgebiets bezogen, hätten diese besten Fachleute das mit wenigen Worten im Text festgestellt. Die Einschränkung auf Art. 29 II GG ist daher verfassungswidrig, weil willkürlich, daher unbeachtlich. –

Und eine Annahme unmittelbar durch das Volk gleichsam durch schlüssige Handlung, etwa durch mehrheitliche Teilnahme an Bundestags-Wahlen, ist staatsrechtlich ebenso undenkbar wie der Begriff "indirekte Demokratie", der einen Widerspruch in sich bezeugt. Das Grundgesetz ist daher gegenwärtig nicht wirksam zustande gekommen. Und weil jeder Staat die klassischen Mindest-Säulen, nämlich ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine gültige Verfassung, aufweisen muß, kann die BRD kein rechtlich fundierter Staat sein. Eine gültige Verfassung für Deutschland steht, wie erwähnt, nach wie vor aus.

Wird von der Erkenntnis ausgegangen, daß die BRD noch kein die Weimarer Reichsverfassung ablösendes Grundgesetz hat, sind logischerweise die Begriffe (Bundes-) Verfassungsgericht, Verfassungsrichter, Verfassungsschützer u.a. unanwendbar.

Kann jedoch erwartet werden, daß die Inhaber einschlägiger Posten in kühnen Selbstzweifeln ihr Nichtvorhandensein zum Ausdruck bringen und sich verflüchtigen? Weil eine solche Annahme unrealistisch ist, besteht die BRD also faktisch weiterhin.

Wahl des Staatsoberhauptes (Art. 54 GG)

Die Blockierung des unmittelbaren Wähler-Votums (Plebiszits) auch bei elementar wichtigen Entscheidungen läßt Zweifel an der demokratischen Wesenseigenschaft aufkommen - was immer auch unter dem Begriff "Demokratie" verstanden werden mag.

Geradezu **antidemokratisch** mutet darüber hinaus die Wahl des Staatsoberhauptes, also des Bundespräsidenten, an. Der oberste Repräsentant der BRD wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Letztere brauchen nicht Parlaments- oder auch nur Parteimitglieder zu sein. Deswegen werden auch namhafte Personen wie Sportler (Boxer, Fußballer o.a.) und sonstige Stars, aber auch Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Organisationen zur Präsidentenwahl entsandt.

Der Bürger als eigentlicher Wähler kennt die Delegierten jedenfalls nicht vollständig und erahnt nicht einmal deren politische Einstellung, sofern eine solche überhaupt vorhanden ist. Vor allem ist es dem Abgesandten unbekannt, welchen Wählerwillen er umzusetzen hat. Der/die Delegierte wird also im Zweifel nach den Vorgaben derjenigen Partei handeln, die ihn auserwählt hat. Wo bleibt da noch Raum für das Volk, von dem - angeblich - alle Staatsgewalt ausgeht?

Umgekehrt ist es nicht nur optisch bedenklich, wenn neu zu wählende Bundesoberhaupt-Kandidaten bei den allein maßgeblichen Parteien die Runde machen, um auf den Busch zu klopfen und zwangsläufig sich anzubiedern. Werden sie dann gewählt, fühlen sie sich mindestens unterbewußt zu Dank gegenüber ihren Steigbügelhaltern verpflichtet.

Jedenfalls sollten so Gewählte bei ihren Auftritten im In- und Ausland wenigstens den Eindruck vermeiden, sie sprächen, verzichteten, schämten sich unter anderem für ihr Volk. Denn dieses hatte ja nichts zu sagen.

Anders wäre die staatsrechtliche Lage, wenn der BRD-Präsident vom ganzen deutschen Volk gewählt würde, wie dies etwa Art. 41 der Weimarer Verfassung kodifiziert hat.

Widerstand (Art. 20 IV GG)?

Die BRD basiert nach wie vor auf dem Besatzungs-Status der westlichen Siegermächte. Die Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 hat, wie erwähnt, den Fortbestand des Deutschen Reiches nicht beendet. Und die BRD ist aus den bereits abgehandelten Gründen nicht in der Lage, einen Friedensvertrag wirksam abzuschließen.

Auch hier traten Formal-Juristen in die Arena und lösten das Problem mit dem Hinweis, eines ausdrücklichen Friedensvertrages bedürfe es nicht mehr; denn durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (Art. 5) und den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 seien schlüssig (konkulent) übliche Friedensverhältnisse erreicht worden.

Eine solche Spekulation kommt einer Zumutung mindestens nahe, weil im Konfliktfall die Schlüssigkeit brüchig wäre. Außerdem sieht Art. 5 des Einigungsvertrages die Empfehlung vor, bei Abhandlung der Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes sich auch mit der über die Anwendung des Art. 146 GG und in deren Rahmen die einer Volksabstimmung vorzusehen. Nähere hierzu siehe in "Der Große Wendig", Band II, S. 856 ff.

Überbleibsel des Deutschen Reiches

Die BRD unterliegt als Überbleibsel des Deutschen Reiches der Feindstaatenklausel, wie sie in der UNO-Charta dokumentiert ist. Feindstaaten wie Deutschland können wesentliche Schutzfunktionen der Völkergemeinschaft nicht beanspruchen. Die Siegermächte sind nicht an das allgemeine Gewaltverbot, das Interventionsgebot oder an den Grundsatz der Vertragstreue gebunden. Sie können beispielsweise militärische Maßnahmen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates durchführen. Näheres auch hierzu ist nachzulesen im Geschichts-Lexikon "Der Große Wendig", Band II, S. 854 ff., mit Zitaten.

Artikel 20 IV GG sieht das Recht aller Deutschen vor, Widerstand zu leisten gegen jeden, der es unternimmt, die im Grundgesetz verankerte Ordnung zu beseitigen, "wenn andere Hilfe nicht möglich ist". Es wurde im Vorstehenden dargetan, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, sobald eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem **deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist** (Art. 146 GG). Die eben genannte Bestimmung ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung, die das Grundgesetz dokumentiert hat. Ist also Widerstand angebracht, ja eine Bürgerpflicht?

Der "Aufruf zum Widerstand" kann nicht einmal gedämpft vernehmbar werden

Denn ist das Grundgesetz noch nicht gültig, wovon hier ausgegangen wird, dann ist auch seine Bestimmung des Art. 20 - IV unanwendbar. Vor allem ist aufgrund des fehlenden Friedensvertrages der Besatzungsstatus auflebbar. Er kann, gepaart mit der Feindstaatenklausel, zum jederzeitigen Eingreifen von Siegermächten führen, um ungelegene Widerstandshandlungen niederzuschlagen oder bereits im Keime zu ersticken.

Die Besatzungsmächte, deren Truppenstärke in Deutschland bereits 70.000 Mann betragen dürfte, sind beim Ausbau ihrer Basen hierzulande nicht an deutsches Baurecht gebunden. Sie bedürfen auch keiner Genehmigung, obwohl lebenswichtige Belange der Deutschen berührt werden können. Militärbasen sind vorrangige Vernichtungsziele bei kriegerischen Handlungen.

Die dabei entstehenden Kollateralschäden (Begleitschäden) können beträchtliche Ausmaße annehmen. Prof. Shirley hat in seinem Buch (Hearst-Verlag, New York, 1999) "Das geheime Zusatzabkommen zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" den Passus "Medienhoheit" abgehandelt, wobei die letzte Einflußnahme über Presse, Rundfunk, Verlagswesen, u.a. bis zum Jahr 2033 bei den Alliierten verbleibt!!

Bestehen also solche geheimen Vorbehalte, dann kann der Argwohn nicht beschwichtigt werden, wonach noch mehrere möglicherweise entscheidende "vertrauliche Zusatzabkommen" existieren.

Eine "Teil-Souveränität" Deutschlands ist staatsrechtlich nicht vorstellbar. Ein solcher Begriff wäre auch hier ein Widerspruch in sich.

Aktuelle Situationen

Die mangelnde Vertretungsbefugnis der BRD-Repräsentanten sollte diese daran hindern, lebenswichtige Entscheidungen für Deutschland und seine Bewohner zu treffen.

So ist die Entsendung deutscher Soldaten für Einsätze auch außerhalb Deutschlands und sogar außerhalb Europas rechtlich nicht legitimiert.

Die Abgabe von BRD-Hoheitsrechten, die nur faktisch vorhanden sind, an internationale Organisationen wie NATO, UNO, EU ist staatsrechtlich bedenklich. Dies gilt insbesondere für die "Annahme" der EU-Verfassung durch den Bundestag gegen den klar erkenntlichen Volkswillen.

Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches (Ost-Gebiete) ist ungültig und nichtig und stellt eine unerlaubte Handlung dar.

Die Einführung der Euro-Währung unter gleichzeitiger Abschaffung der erstklassigen Deutschen Mark kann nicht mit vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteilen gerechtfertigt werden. **Die Währungsänderung ohne Volksabstimmung ist ungültig.**

Wiederherstellung rechtmäßiger Verhältnisse

Österreich, das von 1938 bis 1945 mit dem Deutschen Reich verbunden war, gelang es bereits zehn Jahre nach Kriegsende, die Besatzungsmächte loszuwerden und einen Friedensvertrag abzuschließen. Zwar ist die Alpenrepublik in Bezug auf die geographische und militärische Lage, die Wirtschaftskraft und die Schlagkraft ihrer Streitmächte mit Deutschland nicht zu vergleichen. Gleichwohl haben es seine Politiker fertiggebracht, sich der "Befreier-Umarmung" zu entwinden.

Der BRD-Politik waren wiederholt Chancen eingeräumt, die volle Souveränität, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Wegfall der Feindstaatenklausel zu erreichen. Sie hat diese - aus welchen Gründen auch immer - nicht wahrgenommen. Und offenbar will das Volk nicht länger warten. Es muß verlangt werden: Die Volksabstimmung über die Bundesverfassung. Deren Qualität ist jedenfalls im ursprünglichen Text unbestreitbar. Sie kann sogar als vorbildlich empfunden werden.

Ihr Inhalt baut weitgehend auf: auf der Weimarer Verfassung von 1919, auf der Reichsverfassung von 1871, der Preußischen Verfassung von 1850 und sogar der Paulskirchenverfassung von 1849. Der ursprüngliche vom Parlamentarischen Rat entworfene Grundgesetz-Wortlaut ist abgedruckt bei Wegener a.a.O., S. 301 ff.

Volksabstimmungen über alle Verfassungsänderungen und sonstigen das Verfassungsgefüge berührenden Angelegenheiten (Grundfragen),

- unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- Abzug aller Besatzungs-Militärs,
- Beendigung aller Vorbehalte der Siegermächte hinsichtlich der deutschen Staatsordnung und ihrer Verwirklichung und
- klarer Verzicht der Siegermächte auf die Feindstaatenklausel gegenüber Deutschland, sowie
- ein eindeutiger Friedensabschluß.

Die "Große Verfassungsreform" 2006

Bundestags-Parteien verkündeten mit beträchtlichem Presse-Einsatz im Jahre 2006 die Durchführung einer "Großen Verfassungsreform". Diese Gelegenheit benutzte ich, um an alle im Bundestag vertretenen Parteien und an die im Bundesrat fungierenden Bundesländer zu schreiben.

Ich erwähnte, Bundestag und Bundesrat seien weder für die Schaffung einer Deutschen Verfassung zuständig noch könnten diese Gremien verfassungsrechtliche Änderungen vornehmen. Sie unterlägen ausschließlich der unmittelbaren Willensbekundung des wahlberechtigten Volkes.

Die damaligen Bundesländer seien nicht ermächtigt gewesen, das "Bonner Grundgesetz" in Kraft zu setzen. Deswegen sei es niemals verbindlich geworden - auch nicht indirekt durch die folgenden Landtags- und Bundestags-Wahlen. Denn ein indirektes Inkraftsetzen einer Verfassung, die im höchsten Maße die Belange des Volkes berühre, sei rechtlich und praktisch schlicht unvorstellbar. Deswegen hätten die sich dieser Problematik durchaus bewußten "Väter des Grundgesetzes" in der Präambel und im Schluß-Artikel die **Vorläufigkeit** ihres Werkes festgeschrieben und die Annahme oder Ablehnung des endgültigen Verfassungstextes unmittelbar den Wählerinnen und Wählern vorbehalten.

Das Provisorium muß abgelöst werden

Das so bewußt und gewollt geschaffene Provisorium habe spätestens bei der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands von einer ordnungsgemäß in Kraft gesetzten Bundesverfassung abgelöst werden müssen. Dies sei wiederum nicht geschehen und werde auch bei der gegenwärtigen Absicht, das Grundgesetz in seinen Ursprüngen so zu ändern, in keiner Weise berücksichtigt. Die bisherigen Gremien seien also nicht befugt gewesen, der Abtretung großer östlicher Teile des Reiches mit den dort verbliebenen Deutschen und allen Kultur- und Sachwerten einfach zuzustimmen, ohne wenigstens im Rahmen des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts die Betroffenen zu fragen.

Die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten auf die EU mit der teilweisen Abschaffung der staatlichen Gesetzgebungszuständigkeit, die Aufgabe der beispiellosen DM-Währung, die Einwanderungs- und Militärgestaltung und die Annahme der EU-Verfassung ("Vertrag von Lissabon") durch beide Kammern der Bundesrepublik seien Fakten, mit denen sich keine Bürgerin und kein Bürger abzufinden brauche.

Das Grundgesetz jedenfalls in seiner ursprünglichen Gestalt, womöglich auch in der durch die Föderalismus-Änderung vorgesehenen Fassung, erscheine als durchaus billigenswert und bestmöglich. Es bedürfe indessen des Inkrafttretens der Bundesverfassung und jeder Verfassungsänderung sowie der Berufung des Bundespräsidenten der unmittelbaren Willenskundgebung, also direkter Wahlen und Abstimmungen, durch das Staatsvolk.

Das deutsche Volk soll entscheiden

Es werde daher gebeten, bei der beabsichtigten Grundgesetzänderung darauf zu achten, daß nach deren Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat endgültig das deutsche Volk über den Wortlaut der Bundesverfassung entscheide. Dies gelte auch für die Wahl des Bundespräsidenten.

Weiter führte ich aus:

"Das Grundgesetz bestimmt in seinem Art. 20 Satz 2, daß alle Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Diese Ausübung des Volkswillens auch durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ist nachrangig. Die Einschränkung der so von den Vätern des Grundgesetzes garantierten Plebiszite auf die Neugliederung des Bundesgebietes durch akrobatische Auslegung des Textes, also die Beschränkung auf Art. 29 GG, ist daher absolut unbeachtlich.

Denn gerade Bestimmungen, denen Verfassungs-Charakter beigemessen wird, vertragen keine

einengenden Interpretationen, zumal hier nichts auszulegen ist. Es wird daher unumgänglich sein, Art. 20 II GG entsprechend klarzustellen."

Hierauf antwortete die Bundestags-Fraktion der SPD ziemlich postwendend, es werde der Eingang meines Schreibens bestätigt. Dieses sei zur weiteren Bearbeitung an die zuständige Facharbeitsgruppe weitergeleitet worden.

Die Linke (PDS) teilte meine Auffassung, daß im Grundgesetz Plebiszite und andere Elemente der Volksgesetzgebung verankert werden müßten, und sie sei dazu erst jüngst parlamentarisch tätig geworden. Mit Ausnahme der Tatsache, daß sich die PDS 1990 für die Erarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung eingesetzt habe, teilte sie in allen darüber hinausgehenden Punkten meines Schreibens die von mir geäußerten Positionen nicht. Im Besonderen verkenneten meine Ausführungen zur "Abtretung großer östlicher Teile des Reiches" die historische Notwendigkeit und Berechtigung der unter der Kanzlerschaft von Herrn Brandt abgeschlossenen "Ostverträge", die die Billigung des Deutschen Bundestages gefunden und wesentlich zur Entspannung und Friedenssicherung zwischen Ost und West beigetragen hätten.

Ausführlicher reagierte die CSU-Landesgruppe.

Schon häufiger in der öffentlichen Diskussion

Meine Argumente zum Inkrafttreten und zur Geltung des Grundgesetzes seien schon häufiger in der öffentlichen Diskussion genannt worden.

Nach Überzeugung des antwortenden Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU bestehe für die Geltung des Grundgesetzes eine hinreichende Legitimation. Eine verfassungsrechtliche Problematik könne er hier deshalb nicht erkennen, obwohl auch anders lautende Rechtsauffassungen vorhanden seien. Er wolle daran erinnern, daß sich das Grundgesetz nun **in über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt** habe. Dies gelte gerade auch für seine Grundentscheidung zugunsten der parlamentarischen Form der Demokratie.

Dies bedeute aber nicht, daß nicht auch über Elemente der direkten Demokratie nachgedacht werden dürfe. Dies müsse allerdings "mit Augenmaß und im richtigen Zusammenhang erfolgen". Darauf erwiderte ich unter anderem:

"Auf die unmittelbare Mitwirkung des Volkes wie Annahme oder Ablehnung der Bundesverfassung, bei allen ihren Änderungen, der Wahl des Staatsoberhauptes und andern wichtigen Entscheidungen könne unter gar keinen Umständen verzichtet werden."

Angebliche "historische Notwendigkeit"

Dabei sollten weder das "Augenmaß" noch die angeblich "historische Notwendigkeit" der Preisgabe Ostdeutschlands unter anderem von der Verwirklichung des Plebiszits ablenken. Die Meinung, daß sich das Grundgesetz in nun über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt habe, lasse sich kaum mit der Tatsache in Einklang bringen, daß es in dieser Zeit - unter Ausschluß des direkten Volkswillens - unglaublich oft geändert wurde (vgl. hierzu etwa Sartorius I, S. 1, GG 1).

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe holte weiter aus: Es gebe sicherlich Gesichtspunkte, die sich für eine Stärkung der plebiszitären Elemente bei der Bundesgesetzgebung anführen ließen. Auch der Deutsche Bundestag habe sich mit dem Thema einer stärkeren direkten Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung in der Vergangenheit schon häufig beschäftigt. Für ihn sei auf jeden Fall klar, daß auch in der repräsentativen Form der Demokratie die Möglichkeit bestehe, die Meinung der Bevölkerungsmehrheit angemessen zu berücksichtigen, wenn zur Kenntnis genommen werde, was diese denke.

Die immer komplexer werdenden Fragestellungen unserer Gesellschaft, die die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung mit sich brächten, eigneten sich in vielen Fällen schon aufgrund der Breite und Spezialität der jeweiligen Materie nicht, in allen Einzelheiten von der Bevölkerung selbst diskutiert und letztlich entschieden zu werden. Mit gutem Grund sehe daher das Grundgesetz auch vor, daß die politischen Parteien gewissermaßen als Instrumente zur "Aufberei-

tung" des politischen Willens fungierten, und durch die Konkurrenz der politischen Parteien sei gewährleistet, daß es in der Gesellschaft zu einem offenen und freien Austausch der politischen Argumente komme und die Bürger sich ihre eigene Auffassung über die bestmögliche Lösung eines bestimmten Problems bilden könnten.

Ausweitung plebiszitärer Elemente

Es sei auch zu bedenken, daß eine Ausweitung plebiszitärer Elemente letztlich immer auch die Gefahr des Mißbrauchs dieser Elemente durch populistische Agitation mit sich brächte. Die meisten Bürger schafften es in der Regel nicht, sich im Detail mit einer zu regelnden gesetzgeberischen Materie zu befassen, so daß letztlich die herkömmlichen Deutungs- und Wissens-Eliten auf den Plan träten, die den Diskurs beherrschten.

Es sei auch nicht erkenntlich, daß das Grundgesetz etwa in seinem Artikel 20 eine Bevorzugung der direkten Form der Demokratie gegenüber den repräsentativen enthalte. Die parlamentarische Form der Demokratie sei keine "minderwertige" Demokratie. An den Argumenten der Befürworter der Stärkung der plebiszitären Elemente störe bisweilen, daß der Eindruck erweckt werde, nur die direkte Demokratie sei die "richtige". Dies sei nach der Überzeugung des parlamentarischen Geschäftsführers sowohl unter rechtlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten als auch aufgrund der praktischen Erfahrungen eindeutig falsch.

Hierauf gab ich zu bedenken:

"Wenn man den Inhalt des letzten Schreibens genau nimmt, bedeutet er die Abkehr von eigentlicher Demokratie zugunsten einer legislativen Selbstverwaltung. Daran ändern auch angepaßte Meinungen gar nichts. Wäre die geäußerte Ansicht zutreffend, müßte die Frage auftreten, wozu dann der Bundestag als Gremium überhaupt existenzberechtigt ist. Denn wenn eine Vielzahl von Spezial-Problemen nur von Experten behandelt und gelöst werden kann, wie dies größtenteils in den Fachausschüssen geschieht, dann sollte doch - wie nach dem Ermächtigungsgesetz - die Regierung, gestützt auf das Experten-Potential, unmittelbar gesetzgeberische Funktionen ausüben.

Das hätte den Vorteil, parteipolitische Schau-Geplänkel zu vermeiden und reinem Sachverstand den Vorzug zu geben.

Sinngehalt des Gesetzes leichter zu vermitteln

Und dem Volk selbst wäre der Sinngehalt des Gesetzes auf diese Weise leichter zu vermitteln, als dies gegenwärtig geschieht - oder einfach nicht geschieht.

Mir geht es indessen darum, daß bei solch elementaren (Schicksals-)Fragen das Volk unmittelbar mitwirkt. Das sind, wie erwähnt, Verabschiedung der Verfassung, alle ihre Änderungen, Abgaben von Souveränitätsrechten an überstaatliche Gemeinschaften und sonstige Institutionen, Militäreinsätze und - nicht zuletzt - Wahlen des Staatsoberhauptes. Daß so etwas auch bei Plebisziten gut funktioniert, beweisen Gepflogenheiten und Selbstverständlichkeiten anderer Staaten, die mit unserem durchaus vergleichbar sind. Nur wer das Volk für "unfähig" hinstellt, sich selbst eine Meinung zu bilden und diese zum Ausdruck zu bringen, wird das nicht einsehen können. Er kann sich dann aber nicht auf 'wirkliche' Demokratie berufen."

Hierauf ist bislang nichts erwidert worden. Aber vielleicht rührt sich doch noch einmal etwas.

Übrigens: Die anderen angeschriebenen Parteien haben sich einfach in Schweigen gehüllt.

Der BRD-Gesetzgebung wäre es gerade durch das Grundgesetz ohne weiteres möglich, Plebiszite durch Klarstellung im Art. 20 GG und die unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch Änderung des Art. 54 GG zu verwirklichen. Denn Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 GG leicht durchführbar. Die Vorenthaltung von Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung und ihre Änderungen ist staatsrechtlich unverantwortlich und dient - trotz aller anderweitigen Beschwörungen - letztlich nur dem Erhalt der gegenwärtig bestehenden Macht.<<

Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewann am 2. Dezember 1990

die gesamtdeutsche Wahl.

Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohl (x343/12,15-16): >>Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

... Die Wende bleibt aus

... Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.

Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.

Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.

Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.

An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H.W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:

Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am

Ende doch noch ab.

Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdienstmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.

Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkaufte: das Ja von Mitterrand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.

Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingestellt hat, darf die Bundeswehr es nicht.

Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.

Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.

Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<

Dr. Herbert Hupka (1915-2006) berichtete im Jahre 1990 in seinem Buch "Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage" über das Schicksal seiner schlesischen Landsleute (x022/11-13,15-16): >>Die Vertreibung aus der Heimat wurde zum letzten Kapitel der vielen Wochen und Monate, ja sogar Jahre währenden Leidensgeschichte der Deutschen in den ostdeutschen Provinzen, der Deutschen in Schlesien und Pommern, in Ost- und Westpreußen, der Deutschen jenseits von Oder und Neiße, wie man sich seit den Beschlüssen der Siegermächte in Potsdam im August 1945 zu sagen angewöhnt hat.

Diese Leidensgeschichte ist nicht nur ein Stück deutscher Geschichte, denn das Leid, das den

Deutschen damals 1945 und 1946 und auch noch danach, widerfahren ist, haben andere bewirkt und verursacht, Russen und Angehörige der Völker der Sowjetunion und Polen. Um es mit einem Gedankengang der jüdischen Philosophin Hannah Arendt auszudrücken: genau so wenig wie die Deutschen zuvor waren die Russen oder die Polen die schuldig zu sprechenden Verbrecher, sondern die Unmenschen unter ihnen sind anzuklagen.

Was sich 1945 und danach in Schlesien ereignet hat, ... muß damit erklärt werden, daß zuvor den anderen Völkern Grausames an Leid im deutschen Namen, das heißt von Deutschen zugefügt worden ist. Niemand wird leugnen dürfen und auch wollen, was zuvor Russen, Polen und Juden von Deutschen haben erleiden müssen. Doch was danach geschehen ist, setzte in brutaler Weise die Verbrechen fort und kann durch die Verbrechen zuvor nicht entschuldigt werden.

Verbrechen bleibt Verbrechen, wer auch immer wem auch immer dieses zugefügt hat. So bitter es auch klingen mag, es kam 1945 kein neues Recht in die Welt, das Unrecht wurde fortgeschrieben, Rache und Vergeltung wurden oberstes Gebot. Die Opfer dieses Gebotes waren nicht die Schuldigen von gestern, sondern jeder, der ein Deutscher war, Kinder und Greise, Frauen und Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Geistliche. ...

Der Eroberer Schlesiens hieß Sowjetunion, der Soldat der Roten Armee war der Sieger. Von dieser Stunde an, da das Dorf, die Stadt erobert worden waren, bekamen dies die Bewohner in des Wortes fürchterlichster Bedeutung zu spüren. Die erste Truppe okkupierte, die zweite Truppe plünderte, brandschatzte und vergewaltigte. Und dies waren nicht etwa zufällige Entgleisungen und Entartungen, sondern das war militärisches Programm und politischer Freipaß als Lohn für den soldatischen Einsatz. ...

Dem Eroberer folgte nach wenigen Wochen der Pole, um von Schlesien Besitz zu ergreifen. Mancher hoffte, daß es nun vielleicht besser werden könnte, hatte er doch die eben noch erlittene Brutalität der Russen auf die kommunistische Erziehung zur Gottlosigkeit zurückgeführt, und wer Pole sagt, muß auch immer katholisch sagen. Um so bitterer war die Enttäuschung, nicht zuletzt bei den deutschen katholischen Geistlichen, die sich ihrer Glaubensbrüder, vielerorts sogar ihrer Amtsbrüder polnischer Nationalität auf das Bitterste schämen mußten.

Zwar gehörten Brandschatzung und Vergewaltigung nicht mehr im gleichen Ausmaße zur Umgangsform, aber jetzt triumphierten Enteignung und Austreibung und beides geschah immer wieder erbarmungslos in Viertelstunden – oder Stundenfrist. Die weiß-rote polnische Fahne wurde gehißt, was bedeutete, daß aus deutschem Eigentum "polnisches Staatseigentum" geworden war. Die Bereicherung einzelner Polen, ganzer polnischer Familien und auch Banden, ist eines der bittersten Kapitel dieser Leidensgeschichte. Immer wieder wird die polnische Miliz als der große Schuldige angeklagt.

Besonders gefürchtet waren die Ausplünderungen, wenn ein Transport zum Verlassen der Heimat zusammengestellt wurde, oder neuerliche Gewalttaten, wenn man trotz unzähliger, bereits vorangegangener Ausplünderungen endlich den Bahnknotenpunkt Kohlfurt oder die Görlitzer Neiße erreicht hatte. Jeder der Okkupanten meinte, persönlich Rache nehmen zu müssen. Wenn das Wort wahr ist, daß der Mensch dem Menschen zum reißenden Wolf werden kann: hier hat es sich bestätigt. ...<<

>>... Werden nicht längst vernarbte Wunden wieder aufgerissen, wenn über die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schlesien berichtet wird? Es ist auch gefragt worden, ob nicht mancher dieser Berichte zu hart ausgefallen sei, weil die geistige Verarbeitung des Erlebten fehle? Hat es die Vertreibung überhaupt gegeben? Waren es nicht lediglich Einzelercheinungen, auch Exzesse, die man aber doch wohl nicht verallgemeinern darf?

Wer überwinden will, was geschehen ist, damit es sich nie mehr wiederhole, muß die ganze Wahrheit offenbaren. Es darf nichts, auch wenn es den Urhebern nicht gefallen will und diese vielleicht dann gleich mit dem selbst Erlittenen und nicht minder Grausamem aufwarten

könnten und wollen, verschwiegen werden. Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache. Niemand will und darf aufrechnen. Jedes Schicksal zählt. Ein Ermordeter war immer ein Ermordeter zu viel. Es werden nicht alte Wunden neu aufgerissen, sondern es wird lediglich darüber berichtet, was der Mensch dem Nächsten alles an Leid zufügen kann, aus Haß, aus Rache, aus angeblicher Sühne, in der selbstangemaßten Rolle eines Richters. ...

... Niemand ruft nach Rache und Vergeltung. Wer aber zu vergeben bemüht ist, muß wissen, wofür er diese Vergebung auszusprechen bereit ist, und ob auch der andere dazu bereit ist. Nur die Wahrheit ... führt in eine bessere Zukunft; bei aller Subjektivität geht es immer um die Wahrheit, zu sagen und andere wissen zu lassen, wie es tatsächlich gewesen ist. ...<<

Ein Erdbeben im Nordwest-Iran forderte im Jahre 1990 etwa 50.000 Todesopfer (x175/60).

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg"). Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times":

"Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".

Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."

Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.

Aber die USA wollten den Konflikt.

Die USA?

Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?

Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.

Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."

Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."

Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.

"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden ver-

streut", berichtete, leidzerquält, George Bush.

Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.

Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.

Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.

Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.

Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlächter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hältst."

Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert.

Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begraben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."

Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.

Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".

Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlingen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärsgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**

_ von Gerhard Wisnewski

Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerika griff alte Muster auf.

Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".

Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfeimt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverlet-

zungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflußt habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.

Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.

Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".

"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem bössartigen Diktator hoch.

Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greuelthaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Verei-

nigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.

"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.

Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.

Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.

"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wurde am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbin-

derung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit dem 22. November 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.

Die Autorin Lena Sokoll veröffentlichte später (im Jahre 2005) auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>>Die Karriere der Angela Merkel

Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik

Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.

Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.

Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischen Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt, wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.

Ein gutes Jahr später betrieb sie anlässlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Macht-

position innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.

Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.

Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.

Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband. In den frühen 1950-er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren.

Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte. Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.

Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960-er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten

Für Verhandlungen, Absprachen und das Austarieren von Konflikten zwischen Kirche und Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzzuweisungen, Kirchenbauprogram-

me).

Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.

Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:

"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemäßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."

Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.

Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."

Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.

Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ordnung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute. Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.

Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden. Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen

Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren revolutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.

Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

Der Beginn einer politischen Karriere

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.

Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.

Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.

Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspektors der Bundeswehr bekleidet.

So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.

"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.

Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen.

Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatssekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte. Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Die Karriere der Angela Merkel

Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls vereidigt.

In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtesten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.

Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken.

Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.

Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.

Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atommülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004 erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben.

Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."

Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltmini-

sterin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

An die Spitze der Union

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.

Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung.

Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten. Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrevorsitzenden" befördern.

Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte.

Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.

Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessenausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.

Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte. Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt, um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von Seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.

Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionenspenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung

wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Ehrenvorsitzende konnte zum Abschuß frei gegeben werden.

Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.

Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ", in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.

Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.

Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühe, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.

Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte.

Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anläßlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.

Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden.

In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpolitischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.

Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der vergleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkandidatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

Politische Positionen

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich

neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Banales, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät.

Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.

Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtesten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.

Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.

Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnsektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.

Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.

In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu reagieren".

Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuhr schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.

Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständnis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.

Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist

und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit geraumer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Orientierung an der Bush-Regierung

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern. Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.

Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.

Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den pro-amerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.

Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.

Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte ein plötzliches Ende finden.<<

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (13/1991) berichtete am 25. März 1991 über das Buch "Ermordung der Menschheit" des französischen Politikwissenschaftlers und Germanisten Alfred Grosser: >>Erinnerung gelöscht

Die Deutschen können von Glück reden, daß nach 1945 eine Reihe weitblickender Franzosen, oft deutsch-jüdischer Abkunft, in Frankreich Verständnis für die Nation der Kriegsverlierer und -verbrecher zu wecken suchte: David Rousset, Joseph Rovon, Gustave Stern, Alfred Grosser.

Und Alfred Grosser kann von Glück reden, daß sein Lebensweg ihm jene Leiden ersparte, die ihm eigentlich vorherbestimmt waren und es ihm erschwert hätten, über die Deutschen so rational und empfindsam zu urteilen, wie er es seit vielen Jahren tut: als Politologe am Pariser Institut d'études politiques und Leitartikler von Le Monde wie etlicher großer französischer Regionalblätter.

Er selber hat sich das Bewußtsein dafür bewahrt, daß er unverdient bevorzugt wurde: 1925 als Sohn eines jüdischen Kinderarztes in Frankfurt geboren, bezog er als Achtjähriger von Schulkameraden Prügel, weil er als Jude nicht zu ihnen gehöre. Jedoch: "Das Ereignis hat keine Spuren in mir hinterlassen." (Alfred Grosser: "Ermordung der Menschheit" ...)

Schon 1933 emigrierte die Familie nach Saint-Germain-en-Laye bei Paris, 1937, abermaliger Glücksfall, erhielt sie die französische Staatsangehörigkeit. Sie bewahrte Grosser vor dem Schicksal Tausender Emigranten, die bei Kriegsausbruch von der französischen Regierung als Deutsche interniert und dann jenen Henkern überantwortet wurden, vor denen sie geflüchtet waren.

Glücklicherweise verpaßte Grosser wenig später in Grenoble auch noch den Verbindungsmann, der ihn in die Resistance führen sollte: "Entweder wäre ich im Vercors umgekommen oder ich hätte mit dem Bild von einem barbarischen Massaker in der Erinnerung überlebt."

Das autobiographische Kapitel in Grossers Buch mit dem unsinnigen deutschen Titel "Ermordung der Menschheit" (treffend dagegen der französische "Le crime et la memoire") gehört zu den besten dieser Morphologie über die Versuche der Völker, ihre jeweiligen Verbrechen zu verdrängen.

Der Genozid in seinen abscheulichsten Varianten - der weißen Amerikaner an den roten, der Türken an den Armeniern, der Deutschen an den Juden, der Bolschewisten an den Ukrainern, aber auch übersichtlicheres Morden, etwa der Eta, IRA oder PLO - entzieht sich offenbar den Gesetzen der Logik. Und die Erinnerung daran ebenso.

Das deutsche Gedächtnis der deutschen Verbrechen ist für Grosser "vielfältig" angesichts so unterschiedlicher Bundeskanzler wie Kiesinger und Brandt oder Bundespräsidenten wie Lübke und Heinemann. Doch im ganzen fällt der Autor das milde Urteil: "Wohl nirgendwo sonst auf der Welt hat eine Gemeinschaft in vergleichbarem Ausmaß akzeptiert und gewünscht, daß die dunkle Vergangenheit in der Gegenwart eine so zentrale Stellung einnimmt."

Mit den Franzosen geht der Franzose Grosser weniger nachsichtig um. Unverblümt stellt er die Frage, ob ihnen ihr Kult um die Geschichte, die Einheit und die angeblichen Tugenden der Nation mit der dabei unvermeidlichen Selbstglorifizierung überhaupt noch Raum für das Bewußtsein von Verbrechen läßt, die Franzosen einander angetan haben oder die im Namen Frankreichs begangen wurden.

Bezeichnenderweise zitiert noch 1968 der Referent eines Gesetzentwurfs zur Amnestie der in Algerien verübten Exzesse aus dem berühmten Toleranzedikt von Nantes aus dem Jahre 1598: "Die Erinnerung an alle Dinge, die seit März 1585 geschehen sind ... sei gelöscht und getilgt wie etwas, das nie geschehen ist. Zugleich verbieten wir unseren Untertanen ... die Erinnerung daran zu erneuern, darüber zu disputieren, zu kontestieren oder zu streiten."

Unterdrückt werden sollte, obschon zeitlich früher gelegen, auch die Erinnerung an die berüchtigte "Bartholomäusnacht" von 1572, in der Tausende Protestanten erschlagen, erstochen, ertränkt wurden, nicht nur, wie allgemein bekannt, in Paris, sondern dann auch in Rouen, Orleans, Troyes, Lyon und Bourges. Um dieses schaurige Ereignis kommen die französischen Schulgeschichtsbücher nicht herum - glücklicherweise aber war die Hauptschuldige, Katharina von Medici, eine Ausländerin.

Bewunderer der geheiligten jakobinischen Tradition spielten die Massenmorde der Jakobiner 200 Jahre lang systematisch herunter, nach dem Motto: Was ist schon eine unblutige Revolution! Noch 1985 schrieb der Historiker Michel Vovelle:

"Die schwarze Legende von den revolutionären Greueln war eines der bevorzugten Themen einer konservativen Geschichtsschreibung ... Der Terror ist die kontrollierte, beherrschte, in den Rahmen einer nicht mehr passiven, sondern aktiven Volksjustiz eingespannte Angst. Es ist nicht mehr die panische, irrationale Angst, die man empfindet, sondern die, welche man ganz bewußt den Feinden der Freiheit einflößt."

Feinde der Freiheit waren für die Revolutionäre zum Beispiel die Bauern in der royalistischen Vendée, die der Befehlshaber der Pariser Truppen, Baron Turreau, 1793 dorfweise zu Tausenden niedermetzeln ließ, Kinder und Frauen inklusive.

1816, als "der Henker" Turreau starb, gedachte der "Moniteur universel", das regierungsoffizielle Mitteilungsblatt der inzwischen restaurierten Monarchie, des Monarchistenmörders so:

"Herr Baron Turreau de Liniere, Generalleutnant der Königlichen Armee, Ritter des Ordens vom Heiligen Ludwig, "Großoffizier der Ehrenlegion ... Der Name nimmt einen ehrenvollen Platz in der Geschichte der französischen Armeen ein."

Besonders widerwärtige Feinde der Freiheit waren jene Pariser Kommunarden, welche die Bourgeoisie 1871 in Schrecken versetzten, indem sie Hunderte, darunter den Erzbischof Darboy, umbrachten. Dafür wurden nach dem Sieg der bürgerlichen Armee 17.000 wirkliche oder nur verdächtige Kommunarden summarisch erschossen, 43.000 unter grausamen Bedingungen oft jahrelang in Haft gehalten - aber es waren ja "die abscheulichsten Ungeheuer, die die Menschheitsgeschichte je gesehen hatte", wie der "Moniteur universel" befand.

Gekonnt verdrängten die Franzosen ihre Sünden wider den Geist der Republik, die sie während der deutschen Besatzung 1940 bis 1944 begingen: Die KP fand den Hitler-Stalin-Pakt bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion ausgezeichnet. Und die Vichy-Regierung überstellte den Nazis unter anderen die beiden SPD-Führer Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding - was laut Grosser "nicht in das Gedächtnis der Franzosen eingegangen" ist.

Wenn Deutsche in französischen Fernsehfilmen der Nachkriegszeit überwiegend als brutale Nazis auftreten, hat das für Grosser weniger mit dem französischen Deutschlandbild als mit den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der eigenen Vergangenheit zu tun.

Schwierigkeiten ohne Ende: Im Oktober 1961, als Tausende Algerier in Paris gegen die Brutalitäten der französischen Soldaten in Algerien protestierten, warf die Polizei Dutzende der Demonstranten kurzerhand in die Seine. Insgesamt starben angeblich 200 Menschen - die genaue Zahl wurde nie ermittelt, keine einzige Anzeige führte auch nur zu einer Anklage.

Die "weißen Flecken im Gedächtnis der Franzosen" erstrecken sich auch auf die einstige Glorifizierung der Sowjetunion durch die französische Linke. Andre Gide, der sich schon früh kritisch über den Stalinismus geäußert hatte, sah sich schärfster Mißbilligung ausgesetzt. "Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt", ließ sich etwa Marie-Claude Vaillant-Couturier vernehmen - und sie war als ehemalige Insassin des KZ Ravensbrück Expertin.

Grosser scheut sich auch nicht, seinen Landsleuten vorzuhalten, daß ihr historisches Gedächtnis lebendiger ist, sobald es darum geht, das "Geschehen im Ausland zu beurteilen, in Israel oder in Moskau, im fernen Afrika oder im nahen Deutschland". Aber arbeitet das Gedächtnis der Franzosen in dieser Hinsicht soviel anders als das anderer Völker?

Der Autor hatte sein Buch ursprünglich für französische Leser geschrieben, um ihnen "eindrücklich die schwarzen Seiten der französischen Geschichte" darzustellen. Doch Deutsche kann es ebensoviel lehren.

Ein nicht immer leicht zu lesendes, aber ein überzeugendes, souveränes und wichtiges Buch. Deprimierende Bilanz: "Verbrechen wird das genannt, was die anderen, was die Gegner so zu nennen sich weigern."<<

Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für

Bonn) entschied sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1991: >>>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Oktober 1991 über Entschädigungen für polnische NS-Zwangsarbeiter: >>>**Polnische NS-Opfer erhalten Entschädigung**

Mit der Stiftung sei auch aus polnischer Sicht die Entschädigungsfrage abschließend gelöst, hieß es in Bonn. ... Der Verband der Zwangsarbeiter äußerte sich enttäuscht über die nach seiner Einschätzung geringe Summe.<<

Zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen am 16. Oktober 1991 eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit errichtet.

Die Stiftung wurde in den folgenden 3 Jahren aus Bundesmitteln finanziert und mit insgesamt 500 Millionen DM ausgestattet (x151/53-54).

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 1991: >>>**Wolgarussen gegen deutsche Republik**

Die Mehrheit der Russen, die in den traditionellen Siedlungsgebieten der Wolgadeutschen leben, sind nach einer Meinungsumfrage gegen die Gründung einer autonomen deutschen Wolga-Republik. ...

Die Russen, die im Gebiet um die Stadt Saratow, wo voraussichtlich viele heute in Kirgisien, Kasachstan und Sibirien lebende Wolgadeutsche angesiedelt werden sollen, fürchten bei einer Rückkehr der Deutschen ethnische Konflikte. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1991: >>>**Keine Entschuldigung an Japan wegen A-Bombe**

US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet ...

Bush erläuterte, selbstverständlich teile er die Trauer um die unschuldig ums Leben gekommenen Menschen. Er habe aber auch Mitgefühl für die Mutter seines Stubenkameraden, der im Krieg gefallen sei.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1991: >>>**Im Museum endet die Geschichte schon 1945**

In Polen wird über das Lager Lamsdorf diskutiert, in dem auch vertriebene Schlesier starben. ... Längst ist das abgelegene zerfallene Lager, von dem außer dem Museum nur noch einige Ruinen im Wald übriggeblieben sind, dennoch zum Politikum in Schlesien geworden. Die Tatsache, daß auf einem kleinen Teilstück des Kriegsgefangenenlagers von polnischen Behörden nach dem Krieg ein Arbeitslager für vertriebene Schlesier organisiert worden war und dort zumindest mehrere tausend der Insassen an Folter, Unterernährung und Krankheit gestorben waren, wurde bisher stets unterdrückt.

Nun hat einer der Mitarbeiter des Lamsdorfer Museums dem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Darin kommt zum ersten Mal auch Czeslaw Geborski, der damalige Lagerleiter zu Wort, der bis heute in Kattowitz lebt.

Geborski hatte während des Gomulka-Tauwetters 1956/57 in Oppeln sogar vor Gericht gestanden. Ihm wurde vorgeworfen, die Gefangenen des Lagers bestialisch gequält, gefoltert und ermordet zu haben.

Das polnische Gericht sprach Geborski damals frei – heute haben immer mehr Journalisten und Historiker in Schlesien ihre Zweifel, ob dieses Urteil rechtens war. Schon damals hatte die Zensur alle Nachrichten über den Prozeß unterdrückt.

Der Grund für das peinliche Schweigen lag vor allem darin, daß bereits kurz nach dem Krieg in Westdeutschland die Erinnerungen des Lagerarztes von Lamsdorf, Heinz Esser, erschienen war. Der verglich die "Hölle von Lamsdorf" gar mit den Vernichtungslagern der Nazis und bezifferte die Zahl der Ermordeten mit mehr als 6.000.

Esser war selbst allerdings Nationalsozialist und publizierte in den fünfziger Jahren in der rechtsradikalen "National- und Soldatenzeitung". Das machte es den polnischen Gerichten leicht, alle gegen Geborski gerichteten Aussagen auf die Suggestivkraft von Essers Buch, das schon damals in Schlesien unter der Hand verbreitet wurde, zurückzuführen.

Für Edmund Nowak, Mitarbeiter des Museums von Lamsdorf, ist die Angelegenheit so einfach nicht. In seinem gerade erschienen Buch "Der Schatten von Lambinowice" kommt er zu dem Schluß, daß Essers Opferzahlen etwas zu hoch gegriffen sind. Er leugnet aber nicht, daß es in Lamsdorf nach dem Krieg zu Übergriffen gekommen ist. ...<<

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 1.11.1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat.

Zum Stand vom 26. November 1991 führt das Finanzministerium Bundesgarantien für Exporte und ungebundene Finanzkredite in Höhe von 38,4 Milliarden DM auf.

"Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen von 22,1 Milliarden DM und noch nicht entschiedene Deckungsanträge allein aus den neuen Ländern von 25 Milliarden DM, für die mit einer Realisierungsquote von etwa einem Drittel gerechnet werden kann; das entspricht einem zusätzlichen Obligo einschließlich Zinsen von 14 bis 15 Mrd. DM", heißt es in dem Bericht.

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

Elf von 15 Sowjetrepubliken gründeten am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft

unabhängiger Staaten (GUS) und lösten damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (1931-2022, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades, leitete innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) trat am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991: >>>Aufbauhilfe für den Osten

Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991 über die schaurige Geschichte und den Zusammenbruch der Sowjetunion: >>... Lenins Utopia war ein Land ohne Zukunft

... Jetzt, Ende 1991, ist der Bann gebrochen, die absurde Epoche ist vorbei: Über dem Moskauer Kreml weht wieder die Fahne Rußlands, die Sowjetunion gibt es nicht mehr.

Trotz der von Nikita Chruschtschow eingeleiteten und von Michail Gorbatschow von 1985 an konsequent fortgesetzten Entstalinisierung ist die ganze Wahrheit über die Monstrosität der sowjetischen Jahre noch längst nicht bekannt.

"Einer der größten politischen Erfolge der Moskauer Despoten ist eine solche Beeinflussung der Weltöffentlichkeit, daß jeder, der es wagt, über die Mängel des sowjetischen Staates zu reden, zum "Antibolschewiken" und fehlender Objektivität beschuldigt wird", stellte der amerikanische Journalist George Popoff 1922 in seinem Buch "Tscheka" fest. Er gehörte zu den wenigen intellektuellen Besuchern aus dem Westen, die in der UdSSR nicht die Morgenröte einer erlösten Zeit aufscheinen sehen wollten.

Anfang der dreißiger Jahre, als in der UdSSR Millionen Menschen verhungerten, erklärte George Bernard Shaw: "Niemals habe ich so gut gegessen wie während meiner Reise durch die Sowjetunion." Ins goldene Buch des Hotels "Metropol" in Moskau schrieb er: "Morgen verlasse ich dieses Land und kehre in den Westen zurück, wo Hoffnungslosigkeit herrscht."

Der damals sehr einflußreiche amerikanische Journalist Lincoln Steffens verkündete seinem Publikum: "Ich habe die Zukunft gesehen – sie funktioniert."

Die US-Fabrikanten Sydney und Beatrice Webb fragten: "Ist der Sowjetkommunismus eine neue Zivilisation?", um sogleich zu antworten: "Ja, er ist es."

Und der britische Labour-Politiker Gaold Laski resümierte: "Noch nie in der Geschichte hat der Mensch solche Vollkommenheit erlangt wie unter dem Sowjetregime."

Sehnsucht nach Utopia, auch Naivität, bildeten den Boden, auf dem die Saat der sowjetischen Propaganda solche Blüten treiben konnte. Die Realität in der UdSSR war von Anfang an ganz anderer Art.

"Der Übergang vom Untergrund zur Macht ist zu plötzlich", hatte Lenin am Morgen des 25. Oktober 1917 zu Trotzki gesagt und auf deutsch hinzugefügt: "Es schwindelt."

Die Berufsrevolutionäre hatten sich zwar lange ideologisch mit Fragen der Macht beschäftigt, den konkreten Anforderungen, die das Regieren eines riesigen bis zum Grund aufgewühlten Landes stellte, waren sie aber nicht gewachsen, Das machte sie aggressiv.

Bereits an jenem 25. Oktober nach dem bolschewistischen Coup drohte Lenin bei Nichterfüllung eines Befehls mit Erschießung. Hinrichtungen wurden alsbald zur Praxis. Am 7. Dezember nahm die "Sonderkommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (Tscheka) ihre Arbeit auf. Ihr Chef, Dserschinski, setzte den Rat der Volkskommissare (Regierung) ins Bild: "Denken Sie nicht, ich hätte eine Form revolutionärer Justiz im Sinn; Justiz

wird jetzt nicht gebraucht. Jetzt geht ein Kampf auf Leben und Tod, Brust an Brust! Ich befürworte, nein, ich fordere die organisierte Gewalt gegen die Aktivisten der Konterrevolution."

Konterrevolutionäre gab es reichlich. Von den rund 130 Millionen Russen jener Zeit lebten 110 Millionen auf dem Land. Ein Bauer, der sich dagegen wehrte, daß ihm staatliche Eintreiber die Ernte nahmen, war ein "Kulak", ein Ausbeuter, ein Feind der Revolution. Nach Tschecha-Angaben fanden 1918 zwischen Juli und November 108 "Kulakenaufstände" statt. In 20 Gouvernements Zentralrußlands gab es 1918 "245 antisowjetische Rebellionen großen Ausmaßes".

Der Bauernkrieg wurde blutig niedergeschlagen. Lenin sah keinen Grund zur Änderung seines Kurses. Es bedurfte einer weiteren Rebellion, um ihn davon zu überzeugen, daß sein Experiment des sofortigen Aufbaus des Kommunismus gescheitert war. ...

Lenin sah sich zu einer Doppelstrategie veranlaßt: Der Kapitalismus sollte wieder etwas Luft schöpfen können, um die todkranke Wirtschaft zu beleben, in der Machtfrage dürfte es aber keine Zugeständnisse geben.

Im Herbst 1921 trat die Neue Ökonomische Politik in Kraft. Kleine Privatunternehmen waren wieder erlaubt, große Fabriken durften gepachtet werden. Ausländer konnten Konzessionen für Betriebe und die Förderung von Rohstoffen erwerben.

Die Arbeitsproduktivität war alarmierend gesunken. Sie betrug nur noch die Hälfte der Vorkriegszeit. Es bedurfte offenbar einer eisernen Hand, um die Werktätigen zu ihrem Glück zu führen. Dserschinski erklärte die 1918 eingerichteten Konzentrationslager zu "Arbeitsschulen". Später prangten an den Lagertoren Stalins Worte: "Arbeit ist eine Sache der Ehre."

Trotzki befahl die "Militarisierung der Arbeit". Der Volkskommissar für Heereswesen und Marine rechnete mit der Meinung ab, daß Sklaverei nicht mehr in die Zeit passe: "Stimmt es denn überhaupt, daß Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? Meine Antwort heißt: Das ist ein höchst erbärmliches und höchst vulgäres Vorurteil des Liberalismus."

Die Zwangsarbeit, verrichtet von Millionen entrechteter Kreaturen, wurde zum fest einkalkulierten Wirtschaftsfaktor des Regimes, das nach eigener Darstellung angetreten war, um den Menschen von der Ausbeutung zu befreien. (Nach Berechnung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen gab es zum Beispiel 1950 in den Lagern der UdSSR zehn Millionen Zwangsarbeiter.)

Im Dezember 1929 verkündete Stalin das Ende der Neuen Ökonomischen Politik. Schluß mit dem Taktieren. Er rief zu einer neuen Revolution auf. Vor allem sollten nun die Bauern, die als Bevölkerungsmehrheit dem bolschewistischen Anspruch auf totalitäre Herrschaft immer noch passiven Widerstand entgegensetzten, proletarisiert und damit endgültig unterworfen werden. "Wir sind von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse übergegangen", gab der neue Führer der Weltrevolution bekannt. Die "Liquidierung einer Klasse" war nicht abstrakt gemeint, sie wurde blutig konkret.

Im Vergleich zum Orkan der "durchgängigen Kollektivierung", der nun das Land erschütterte, erscheint der Rote Oktober von 1917 wie ein Säuseln. Die Existenzgrundlage von mehr als 130 Millionen Bauern der UdSSR wurde zerstört: Das Fundament des Staates zerbrach. Millionen Menschen wurden in Konzentrationslager geschickt oder in entlegene Gegenden deportiert. ...

Die brutale Kollektivierung ließ in ganzen Regionen die Agrarproduktion zusammenbrechen; das Land wurde in eine Hungerkatastrophe gestürzt.

Der englische Historiker Robert Conquest, der - abgesehen von Alexander Solschenizyn - kenntnisreichste Autor des "großen Terrors", kommt in einer vorsichtigen Schätzung auf fünf bis sechs Millionen Todesopfer durch Hunger und Krankheit in den Jahren 1929 bis 1933.

Stalin sagte 1943 Winston Churchill, daß während der Kollektivierung die "Dorffarmen" mit "zehn Millionen Kulaken fertig geworden" seien: Eine "enorme Menge" sei "vernichtet" und der Rest nach Sibirien verschickt worden.

Der Anarchist Michail Bakunin hatte 1862 entsetzt konstatiert: "Das zaristische System hat im Verlauf von etwa 200 Jahren mehr als 2 Millionen Menschen gefordert als Folge einer brutalen Mißachtung der Menschenrechte und des menschlichen Lebens."

Stalin übertraf diese Bilanz allein während der vierjährigen Kollektivierung bei weitem. Conquest ermittelt, daß allein in den "Säuberungen" des Jahres 1938 eine Million Menschen erschossen wurden und zwei Millionen in Haft starben. In Kolyma, einer Region des gigantischen Archipel Gulag, wurden drei Millionen Menschen vernichtet. Hitler beneidete Stalin um dessen Möglichkeiten: "Wenn ich das unermessliche Sibirien hätte, brauchte ich kein Konzentrationslager."

Geheime Kontakte zwischen den beiden Diktatoren entstanden bereits 1933. Im Sommer 1935 sondierte der sowjetische Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, im Auftrag Stalins Chancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit. "Wir müssen eine Übereinkunft mit dem mächtigsten Land treffen, und das ist das nazistische Deutschland", sagte 1936 Geheimdienstchef Jeschow über die Pläne Stalins. Der Diktator hatte schon 1925 die Überzeugung geäußert, daß ein neuer Waffengang zwischen Deutschland und Frankreich sowie Großbritannien unvermeidlich sei. "Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte."

Mit dem am Abend des 23. August 1939 im Moskauer Kreml unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland sowie dem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die beiden Diktatoren Polen untereinander aufteilten und die baltischen Staaten und Bessarabien der UdSSR zuschlugen, sah sich Stalin am Ziel langjähriger außenpolitischer Bemühungen. Er hatte sein Bündnis mit Deutschland, er konnte bis auf weiteres beobachten, wie in dem Krieg, dem jetzt freie Bahn gegeben war, die Dinge sich entwickelten.

Hitler überraschte mit seinem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den bisherigen Komplizen im Kreml und brachte ihn auch in tödliche Gefahr, dann aber ging Stalins Konzept doch auf: Am Ende war er der große Triumphator: Moskaus Macht reichte nun bis an die Elbe.

Die Sowjetunion war jetzt eine Weltmacht und der opferreiche Sieg über den verbrecherischen Nationalsozialismus hatte ihr moralische Reputation eingebracht. Daß auch an der Spitze der UdSSR ein Massenmörder stand, wollte die Welt nicht wahrhaben, das ging wohl über ihr Fassungsvermögen. Die Ausdehnung der bolschewistischen Diktatur auf Osteuropa ängstigte zwar den Westen und löste den Kalten Krieg aus, aber Stalins Nimbus litt wenig darunter. Erst unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow im Jahre 1956 erhielt das Stalin-Bild häßliche Flecken. Auf dem zwanzigsten Parteitag entlarvte der neue Kremlchef den einst wie einen Halbgott Verehrten als Verbrecher.

Chruschtschows Entstalinisierung war ein Akt großen Mutes. Sie beschränkte sich aber auf das Individuum Stalin. Der Machtmißbrauch wurde als Auswuchs des "Personenkults" gewertet. Das System der totalitären Parteiherrschaft blieb indessen. An dieser Haltung änderte sich auch unter Leonid Breschnew sowie Juri Andropow und Konstantin Tschernenko nichts. Das System war zwar nun nicht mehr so mörderisch wie unter Stalin, es maßte sich aber weiter das Monopol der Macht an, schickte weiter Oppositionelle in den Gulag, und Moskau hielt an dem vermeintlich historischen Auftrag fest, die ganze Welt mit seinem Regiment zu überziehen.

Bankrott war dieser Kommunismus schon seit langem. Nur der jeder Vernunft spottende Raubbau an Menschen und Material verhinderte einstweilen noch den offenen Zusammen-

bruch. Nichts aber hätte Gorbatschow daran gehindert, dieses absurde Spiel fortzusetzen. Eine Zeitlang wäre das gewiß noch gegangen. Anders als seine zynisch-opportunistischen Vorgänger war er dazu nicht bereit. Er glaubte an den Schöpfungsplan Lenins und meinte, dessen Vorstellungen doch noch verwirklichen zu können.

Tatsächlich war Gorbatschow jedoch ein Anti-Lenin. Der Gründer der Sowjetunion war ein ruchloser Machtpolitiker, ihr letzter Repräsentant hingegen verlor die Macht, weil er demokratische Regeln beherzigte.

Die Geschichte kennt viele Akteure, die mit dem Mittel der Gewalt Reiche schufen; Gorbatschow aber ist der erste, der friedlich eine aggressive Supermacht aus der Welt schaffte. Je mehr von der schaurigen Szene ins Bewußtsein dringt, die sich hinter dem von Michail Gorbatschow gehobenen Eisernen Vorhang abspielte, desto größer wird der Respekt vor dem Wirken dieses Staatsmannes werden.<<

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnete ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... 1991 etwa stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg den Antrag, auch das "Schaffen" Ehrenburgs im Rahmen einer Ausstellung "Russen in Schöneberg" gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen Journalisten und Schriftsteller zu pflegen.

Anläßlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder" zu bewundern.

Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. März 1992 über eine Rede des Altbischofs Hans von Keler: >>**Bischof: Vertreibung war Verbrechen**

Die Kirche soll nach den Worten des württembergischen Altbischofs Hans von Keler die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos als Verbrechen bezeichnen.

Sie sei aufgerufen, "Wahrheit zuzumuten", sagte von Keler, der Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertriebenenfragen ist, in Hannover. ...

Polen und Russen dächten häufiger daran, was den Deutschen durch sie zugestoßen sei, als die Deutschen selbst, sagte der Altbischof. Es sei unredlich, sich im Umgang mit völkerrechtlichen Verbrechen allein auf das "Dritte Reich" zu beziehen und zu allem anderen zu schweigen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x010/79) = Vertreibung und Vertriebungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte., Seite 79.

x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertriebungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): <u>Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage</u> . Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher

	Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x295	Kubbig, Bernd W. (Hg.): <u>Transatlantische Unsicherheit</u> . Die amerikanisch-europäischen Beziehungen im Umbruch. Frankfurt/Main 1991.
x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit</u> . Band 4. Zeitgeschichte. 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel</u> . Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Spezial Nr. 2. Werder (Havel) 2013.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x850	Erklärung der Bundesregierung: http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=-21.06.90&sort=001-001 - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x857	http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_ist_kein_Staat_Abhandlung_-_Prof_Sojka.html - Oktober 2015.
x860	https://www.wsws.org/de/articles/2005/06/mer1-j23.html - Januar 2016.
x914	https://horst-koch.de/freiheit-gleichheit-bruederlichkeit/ - April 2019
x916	https://ostmaerker.files.wordpress.com/2012/02/m-spanehl-die-zerst3b6rung-der-deutschen-volksidentit3a4t.pdf - April 2019
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 – Januar 2022